1D 20079 F

Lebensschutz-Informationen
LSI



Stimme des Gewissens

Herausgeber: Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D und COLLEGIUM HUMANUM Akademie für Umwelt und Lebensschuztz e.V.

23. Jahrgang Nr. 3 Mai/Juni 1992

„Insgesamt wird die Menschheit heute, kurz vor der Jahrtausendwende, von der Größenordnung der Probleme, die von allen Seiten auf sie einstürzt, buchstäblich überwältigt. Die traditionellen Strukturen, Regierungen und Institutionen haben die Probleme in ihrer gegenwärtigen Größenordnung nicht mehr im Griff. Zu allem Überfluß kommt zu archaiischen und ungeeigneten Strukturen eine tiefe moralische Krise: Die Auflösung von Wertesystemen, die Infragestellung der Tradition, der Zusammenbruch der Ideologien, das Fehlen einer globalen Vision und die Grenzen der Demokratie . . ."

Club of Rome, 1991

Sind wir noch zu retten?

Das letzte Jahrzehnt des ausgehenden Jahrtausends ist bestimmt durch

1. die Aufhebung der Vorstellung von einer zweigeteilten Welt, in der sich zwei Blöcke als Todfeinde gegenüberstehen,
2. das Hervortreten einer Eine-Welt-Regierung mit den unverzichtbaren Attributen Demokratie und freie Marktwirtschaft, kurz „Jene" genannt.
3. der Verlust von Volksidentität und Volkssouveränität bei den größeren europäischen Völkern und
4. gleichzeitig erbitterter Kampf um Eigenständigkeit und Selbstbestimmung bei verschiedenen unterdrückten und bisher fremdbestimmten kleinen Völkern.

In 1–3 wird die gleiche Tendenz erkennbar, wie sie der US-Präsident Bush anläßlich des Ölkrieges unmißverständlich aussprach: Die Einführung einer neuen Weltordnung, zu deren Durchführung allein die USA den moralischen Anspruch haben. Im vierten Punkt drückt sich ein verzweifelter Widerstand dagegen aus, wenn auch den Beteiligten unbewußt.

Wir wissen alle, wie gegenwärtig einem solchen Widerstand begegnet wird, und zwar **weltweit gleichermaßen.**

Nehmen wir das Beispiel Georgien:

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hoffte Georgien, nun endlich seinen eigenen Vorstellungen entsprechend einen nationalen Staat einrichten zu können. Der, während der Zeit, da Eduard Schewardnadse erster Parteisekretär der kommunistischen Partei in Georgien war (1972-85), als Dissident verfolgte Gamsachurdia (Prof. phil.), wurde mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Man erwartete von ihm die Einrichtung eines unabhängigen georgischen Staates. Nach Ansicht georgischer Bürger, die wir in diesem Jahr in Deutschland gesprochen haben, erklärte Gamsachurdia seine politischen Absichten zu früh. Er hielt den Sozialismus nicht für identisch mit dem Kommunismus, sondern wollte einen wirklichen Sozialismus der Zukunft. Dieser wandte sich gegen den Ausverkauf des Landes an den Westen. „Der georgische Boden ist heilig", war ein anderes Wort von Swiad Gamsachurdia. Dahinter stand als Gedanke, daß dieser Boden nicht zum Spekulationsobjekt gemacht werden dürfe. Das störte natürlich Wirtschaftsfreibeuter, aber auch das Konzept von der weltweiten freien Marktwirtschaft, wie sie Präsident Bush immer wieder fordert. Nach Gamsachurdias Auffassung galt es, eine nationale Wirtschaft aufzubauen. Um dies durchzuführen, mußten angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage harte Maßnahmen durchgesetzt werden. Dies wiederum wollten Liberalisten und Intelektuelle nicht. Das rückte den goldenen Westen wieder in weitere Ferne. Aber auch den alten kommunistischen Funktionären paßte diese neue Linie natürlich nicht. Mit dem in jedem Land vorhandenen Chaotenpotential wurde in Tiblissi eine Art Bürgerkrieg entfesselt gegen den „Diktator" Gamsachurdia. Es gehe um die Freiheit und die Demokratie, sagten gerade diejenigen, die mit Waffengewalt den frei und mehrheitlich gewählten Präsidenten bekämpften. Die deutschen Medien schlossen sich weitgehend dieser Version an. In diesem Fall eilte der Westen der bedrohten Demokratie hier nicht zur Hilfe, wie zuvor dem kleinen Kuwait. Woher die Aufständischen die Waffen erhielten, können wir nur vermuten.

Jetzt erscheint die Gefahr eines nationalen georgischen Sozialismus vorerst gebannt. Der ehemalige Partei-

sekretär Eduard Schewardnadse, mit dem inzwischen in der ganzen Welt gewonnenen Ansehen als Außenminister, kehrte nach Georgien zurück, um dort die Dinge wieder zu stabilisieren. Der gewählte Präsident konnte entmachtet werden und sich in eine ferne Provinz zurückziehen.

Würde dergleichen in Deutschland geschehen, d.h. gelänge es unseren nationalen Bemühungen, aufgrund der gegenwärtigen allgemeinen Unzufriedenheit 51% der Wählerstimmen auf eine wirklich alternative deutsche Partei zu vereinigen, gar nicht zu reden von den 87%der Stimmen, die Gamsachurdia in Georgien erhielt, dann würde dieser Sieg wahrscheinlich unseren endgültigen Untergang bedeuten. „Jene" warten nur auf eine solche Gelegenheit. Sie brauchen dabei nur den Zeter und Mordio schreienden Alternativen und Chaoten, evangelische Pfarrern und Gewerkschaftfunktionären zu Hilfe zu kommen, um die angeblich gefährdete Demokratie und Freiheit zu retten.

Betrachten wir die Vorgänge in Jugoslawien, Algerien, Georgien und im Irak, dann erscheint eine solche Vermutung sehr naheliegend. Den Völkern der Welt sind offenbar noch nie so vollständig die Hände gebunden gewesen. Denn „Jene" haben noch nie über ein so lückenloses und mit den raffiniertesten Waffen ausgestattetes Überwachungssystem verfügen können, wie gegenwärtig. Dazu sind Amoral, Bedenkenlosigkeit und Käuflichkeit in einer glaubenslosen Welt viel mehr verbreitet als z.B. je in einem deutschen Staat.

Es ist dies eine bittere Erkenntnis. Aber es ist immer besser, die Wirklichkeit so wahrzunehmen wie sie ist, als Wunschträumen nachzujagen. Vor allen Dingen darf daraus nicht abgeleitet werden, nun könnte oder bräuchte nichts mehr getan werden. Im Gegenteil, es muß etwas geschehen, es hängt mehr denn je davon ab, am richtigen Punkt anzusetzen, der uns wirklich dem angestrebten Ziel ein wenig näher führt, während so weitermachen wie bisher, nichts oder Negatives einbringen würde.

Hinzu kommt noch, daß „Jene" die entscheidende Bedrohung ihres materialistischen Eine-Welt-Konzeptes natürlich genau kennen, und deshalb diesmal im Zentrum der ihnen gefährlich werdenden Gegenkräfte angesetzt haben: bei **dem deutschen Geistesleben,** bei der Volksbildung, wie diese unseren großen Geistern nicht nur vorschwebte, sondern wie sie auch tatsächlich und systematisch in die humanistische Bildung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eingeflossen ist. Unsere Kinder wurden nicht nur umerzogen, sondern konsequent abgeschnitten von ihrer eignenen Volkskultur in Geschichte, Dichtung, Musik und Philosophie. Selbst im Religionsunterricht werden nach übereinstimmender Ausage von Pfarrern verschiedener Konfessionen nicht mehr Evangelientexte behandelt. Stattdessen werden Kinder und Jugendliche problemorientiert erzogen und frühsexualisiert, wodurch die meisten Probleme erst geschaffen werden. Neurotiker, Süchtige, Egozentriker statt geistig strebender, denkender Menschen sind das Ergebnis.

Vor unser aller Augen hat sich diese Entwicklung vollzogen. Erst damit wird **dem deutschen Volk, von dessen geistiger Aufgabe für die gesamte Menschheit ein Fichte, ein Humboldt, und ein Steiner u.a.** gesprochen hatten, der entscheidende Todesstoß versetzt, zumal diese „Ent-Bildung" einhergeht mit einer Sprachverfälschung, die in absehbarer Zeit der Qualität eines Basic-Englisch innerhalb des englischen Sprachraumes entsprechen wird. Sprachverarmung und Sprachentfremdung gehen notwendiger Weise einher mit Denkverkümmerung. Vielleicht muß die häufig benutzte Kennzeichnung, die Menschen haben Angst zu denken, umgewandelt werden in: sie können tatsächlich nicht mehr denken, sie können auch nicht mehr wirklich ihre Muttersprache anwenden. Eine Jugend, die zur Kennzeichnung dessen, was ihr gefällt, des Schönen, heute durchweg Ausdrücke gebraucht wie: das ist ja toll, das ist irre, wahnsinnig, schrecklich schön usw., **macht ihren eigenen Standort offenkundig.**

Wenn es den Kräften, die in der Erhaltung ihres Volkstums eine zukunftsnotwendige Aufgabe sehen, nicht gelingt, hier sofort und durchgreifend die Notbremse zu ziehen, entweder **eine wirklich alternative freie Schule zu begründen,** die an den **Menschenwerten** orientiert ist und **Unterordnung und Disziplin als Voraussetzung zur Selbstbeherrschung und Freiheit** rechtzeitig einüben läßt, oder durch eine verstärkte Einflußnahme seitens der Eltern auf die bestehenden Schulen eine Veränderung bewirken, dann erübrigt sich demnächst weitere Bemühung um eine **deutsche Politik.** Weil es dann in naher Zukunft keine deutschen Menschen mehr geben wird.

„Nie wieder Schiller", war keine zufällige Aussage, sondern ein Programm der Amerikaner und der hinter ihnen stehenden Kräfte.

Ursula Haverbeck-Wetzel

Einsicht

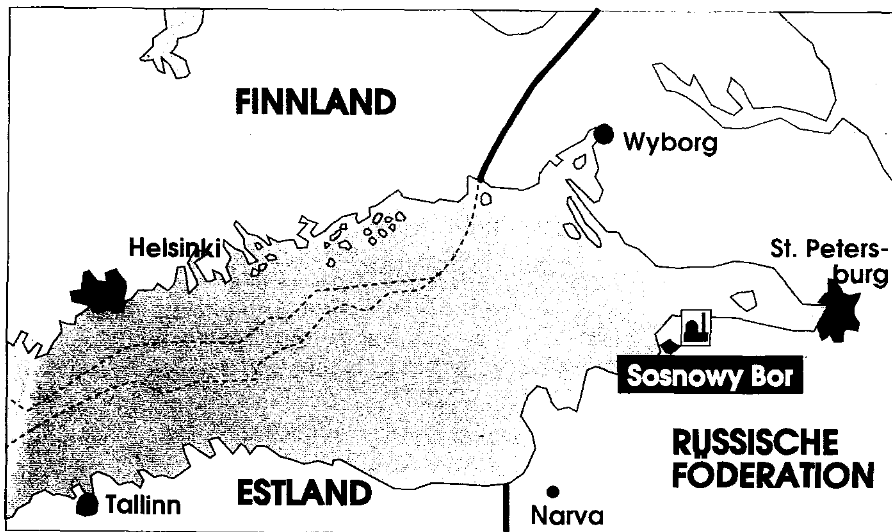
Das Abendland geht nicht zugrunde an den totalitären Systemen, auch nicht an seiner geistigen Armut, sondern an dem hündischen Kriechen seiner Intelligenz vor den politischen Zweckmäßigkeiten!

Gottfried Benn

Aus dem Inhalt: **Seite**

Sosnowi Bor bei St. Petersburg

Störfall im Atomreaktor vom Typ Tschernobyl



Der Unglücksreaktor von Sosnowi Bor bei St. Petersburg braucht nach Auffassung des russischen Ministeriums für Kernenergie nicht stillgelegt zu werden. Das erklärte Ministeriumssprecher Sergej Krylow nach Berichten der Nachrichtenagentur Itar-Tass. Eine Betriebspause von einigen Wochen reiche aus, um die notwendigen Reparaturen vorzunehmen.

Aus dem dritten Reaktorblock des Kernkraftwerks Sosnowi Bor waren nach einem Rohrbruch in der Nacht zum 24. März radioaktive Stoffe in die Luft abgegeben worden. Nähere Angaben über ausgetretene Mengen und deren Intensität wurden zunächst nicht gemacht. Nachdem das Notabschaltungssystem im dritten Reaktor der Anlage automatisch ausgelöst worden war, wurde die Anlage um 00.37 Uhr MEZ heruntergefahren, meldete Itar-Tass unmittelbar nach dem Unglück unter Berufung auf das russische Atomministerium.

KKW wegen Sicherheitsmängel gedrosselt

Die beiden mit RBMK-1.000-Reaktoren des Tschernobyl-Typs ausgerüsteten russischen Kernkraftwerke Leningradskaja bei St.Peterburg sowie Kurskaja nahe der Stadt Kursk sind wegen Sicherheitsmängel bereits zwei Wochen vor dem Störfall angewiesen worden, ihre Stromproduktion auf 70 Prozent des Leistungsniveaus von 1991 zu drosseln. Wie Sergei Adamchik, Vertreter des neugebildeten Präsidialkomitees für Nuklearsicherheit, Anfang März mitgeteilt hatte, wurde die Weisung bereits im vergangenen Jahr erteilt. Nach Adamchik sind beide Blocks "nur wenig darauf eingestellt, einen Unfall zu lokalisieren und ihm vorzubeugen". Dem Leningradskaja-KKW könne noch in diesem Jahr eine Erhöhung der Produktion erlaubt werden, sobald Sicherheitsvorkehrungen installiert worden sind. Weitere Erläuterungen machte damals Adamchik nicht.

Unklarheit über das Ausmaß

Die russischen Behörden meldeten den Störfall ordnungsgemäß bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien. Auf der achtstufigen Sicherheitsskala der IAEO wurde der Störfall als Stufe drei (ernster Zwischenfall) eingestuft. Eine Sprecherin erklärte, daß leichte Mengen Gas ausgetreten seien, von einem schweren Zwischenfall könne man aber nicht sprechen.

Über das Ausmaß des Störfalls im Kernkraftwerk Sosnowi Borin der Nähe von St. Petersburg herrschte Unklarheit. Nach Angaben der technischen Leitung des Kraftwerks ist laut der Nachrichtenagentur ITAR-TASS keine erhöhte Radioaktivität in der Umgebung der Anlage gemessen worden. Der Sprecher der Atomaufsichtsbehörde der Gemeinschaft Unabhängiger-Staaten (GUS), Juri Rogoschin, erklärte dagegen, die nach einem Rohrbruch im Reaktorraum in die Luft entwichene Radioaktivität sei fünfmal höher als der zulässige Höchstwert. Die Nachrichtenagentur Interfax meldete unter Berufung auf das öffentliche Leningrader Informationszentrum über Strahlung, die Konzentration der Radioaktivität sei um ein vielfaches höher als der Grenzwert. Nähere Angaben wurden nicht gemacht. In der näheren Umgebung des Kraftwerks sei keine erhöhte Strahlung festgestellt worden. Ein unmittelbar nach dem Zwischenfall ausgelöster Alarm wegen erhöhter Strahlung sei zurückgenommen worden. Die Leitung der Kraftwerkes behauptete, Personal sei nicht verstrahlt worden.

In einem Telefongespräch mit Bundesumweltminister Klaus Töpfer sagte der russische Strahlenschutzminister, daß keine nennenswerte Radioaktivität in die Umgebung entwichen sei. Durch ein Leck in einem Kühlkanal des Kraftwerks der "Tschernobyl-Klasse" habe es lediglich innerhalb des Reaktors eine erhöhte Radioaktivität von maximal 6.000 Curie gegeben, die seit dem Störfall in der Nacht ständig zurückgehe. Filteranlagen hätten dafür gesorgt, daß es in der Umgebung keine unzulässige Strahlenbelastung gegeben habe. Die Kraftwerksmitarbeiter hätten keine Schäden erlitten.

Deutsche Hilfe zur Behebung des Störfalls habe sein russischer Amtskollege abgelehnt, so Töpfer, die Russen gingen davon aus, die Lage selbst bewältigen zu können. Der Störfallreaktor solle in drei Tagen bereits wieder angefahren werden. Ähnliche Vorfälle gab es dort schon früher.

Nach einer Meldung der Moskauer Nachrichtenagentur Interfax überschritt die Konzentration von radioaktivem Jod im Innern des Reaktorgebäudes den zulässigen Grenzwert um das Zehnfache, während "die Strahlungswerte um die Station herum innerhalb der erlaubten Grenzen blieben". Gleichwohl wurden die Kindergärten in St. Petersburg von der Schulbehörde angewiesen, die Kinder nicht im Freien spielen zu lassen.

Auf der IAEO-Skala stufte die russische Regierung den Störfall von Kategorie drei auf Rang zwei herunter und teilte dies der Behörde in Wien offiziell mit. Die Kategorie zwei der Skala bedeutet, daß die an die Umwelt abgegebene Radioaktivität die gesetzlichen Werte nicht überschritten hat. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vom 26. April 1986 war in die siebte und höchste Kategorie eingestuft worden.

Erhöhte Radioaktivität vor dem offiziellen Unglückstermin

In der Bundesrepublik wurde keine Radioaktivität über der zulässigen Höchstgrenze gemessen. Vor der estnischen und der lettischen Küste war auch keine erhöhte Radioaktivität festzustellen. In Finnland meldete die Strahlenschutzbehörde, die in den frühen Morgenstunden der Unglücksnacht von den russischen Behörden informiert worden war, zunächst keine erhöhten Werte. In Hamina, etwa 60 km von der finnisch-russischen Grenze entfernt, wurden am Vormittag des Tages nach der Nacht, in der das Unglück nach russischen Angaben stattfand, ebensowenig erhöhte Werte registriert wie in Kotka. Gleichwohl versetzte die Strahlenschutzbehörde in Helsinki die Meßstationen des Landes in erhöhte Alarmbereitschaft, nachdem erhöhte Radioaktivität gemessen worden sei. Wissenschaftler des Finnischen Zentrums für Radioaktivität und Nuklearsicherheit in Helsinki vermuteten,

daß bereits früher als offziell bekanntgegeben Radioaktivität ausgetreten sei. Von Freitag bis Montag, also noch vor dem offiziellen Ereignis, wurden in der südostfinnischen Imatra kleine Mengen radioaktives Jod gemessen. "Die Information weist nach dem Sosnowi-Bor-Kraftwerk", sagte der Direktor des Zentrums, Hannu Koponen. "Es ist ein Hinweis dafür, daß ein Leck schon vor dem offiziellen Bericht über den Störfall eingetreten sein könnte." Imatra liegt 70 km westlich von St. Petersburg. Normalerweise enthalte die Luft kein Jod. "Wenn wir etwas finden, stimmt etwas nicht", erklärte Koponen.

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien stellte zwei Tage nach dem Atom-Störfall fest, sie sei noch nicht in der Lage, eine endgültige Einschätzung über dessen Ausmaß zu geben.

Blick durch Wirtschaft und Umwelt 4/1992

Zur Zeitlage

Die Lage, in welche sich das Abendland seit zwei Jahrtausenden hineingearbeitet hat, wird durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. Die Technik hat die Naturgesetze dem Menschen zwar nutzbar, unser Leben also bequemer gemacht; sie zerstört aber die Landschaft, vernichtet das Städtebild, verpestet die Luft und verdirbt das Wasser.
2. Die Erfolge der Medizin im Kampf gegen die Krankheit haben die natürliche Auslese zunichte gemacht und bewirkt, daß die Erde in kurzer Zeit zu klein wird für uns alle.
3. Das biologisch wertvolle Gut wird in unnatürlichen Waffengängen verheizt, wogegen man lebensschwachen Zerrbildern des Menschen unter größten materiellen und moralischen Opfern zum Weitervegetieren hilft.
4. Die Gesellschaft ist gänzlich aus dem Gefüge geraten, insofern nämlich, als die Hominiden, das sind Leute, die nicht einmal ein einziges Buch besitzen (das Volk der Dichter und Denker soll zu 70 Prozent aus ihnen bestehen), kraft ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit den Homo sapiens d.h. Besitzer von mehr als einem Buch, überwältigen und zwingen wollen, die Maßstäbe des Geringsten unter ihnen zum allgemeinen Kriterium zu machen. Der Fachausdruck dafür heißt „Demokratie". Um dieses Ziel zu erreichen, muß alles materielle wie geistige Eigentum beseitigt werden. Das äußerst sich darin, daß der erfolgreich Unternehmende enteignet, überhaupt der Fleißige benachteiligt, jedoch der Liederliche mit einer Staatspension belohnt wird. An die Stelle der Verehrung tritt die Verachtung: Die Autorität muß fallen, die Familie aufgelöst, die Jungfrau lächerlich gemacht und der Soldat verhöhnt werden.
5. Bildung als Grundlage kritischer Wertung ist unerwünscht; die sie vermittelnden Stätten müssen erstickt werden.
6. Die Künste, zu allen Zeiten ein feiner Indikator für die Lebenskraft einer Epoche, haben nur Abfall zu bieten. Man preist sie als avantgardistisch, was sich in der Malerei von dem Gekritzel und Gekleckse der Vorschule nicht unterscheidet. Die Dichter verzichten auf verbalen Ausdruck und lallen wie Kleinkinder, das Überkonstruierte der Musik bringt nur noch Pfiffe und Seufzer hervor. Die Stückeschreiber leben fast ausschließlich vom Beckenboden.

Dr. Dr. Fritz Heppner
Neurochirurg, o. Univ. Professor, Graz

Aus der Zuschrift eines Pflanzenzüchters:

Auswirkungen des Reaktorunglücks in Tschernobyl

Es ist den Pflanzen-Züchtungsfachleuten mindestens seit dem Jahr 1937 bekannt, daß künstliche, also von Menschen erzeugte Radioaktive-Strahlung, auch in allergeringsten Dosen das genetische Geschehen abändernd beeinflußt. **Prof. Dr. Frhr. von Wettstein,** Leiter der Pflanzenzuchtabteilung des **Max-Plank-Instituts Berlin-Dahlem,** erhielt im Jahr 1937 den Auftrag von Hermann Göring's Vierjahresplan auf dem schnellst möglichen Weg neue leistungsstarke Getreidesorten zu schaffen. Da dies normalerweise ca. 20 Jahre dauert, mußte ein neuer Weg beschritten werden. Es gibt 2 Möglichkeiten, die Erbstruktur von Lebewesen grundlegend zu verändern. Die erste besteht darin, daß man auf die Vegetationspunkte der Samen ein Mytose-Gift (Zellgift) aufträgt. Dies bewirkt in einem geringen Prozentsatz eine Verdoppelung des Chromosomensatzes in den Zell-Kernen und dadurch eine Riesen-Wuchsform. Da das Erbgefüge aber disharmonisch geworden ist, gibt es auch viele Störfaktoren. Durch Auslese der geeignetesten Typen aus vielen tausenden Exemplaren kann man relativ schnell zu Ergebnissen kommen. Dies hatte Unterzeichnender in den Jahren 1937-1940 in Mecklenburg durchgeführt und Ergebnisse erzielt. Bei einer Vorführung der Ergebnisse vor Fachleuten war auch ein Mitarbeiter von Prof. Dr. von Wettstein dabei, der für einen Kontakt Wettstein-Massenbach sorgte.

Der zweite Weg ist, man bringt von der abzuändernden Pflanzenart viele tausende Saaten in ein feucht-warmes Gewächshaus-Klima. Kurz, ehe die Samen keimen, werden sie mit einer sehr geringen Dosis von alpha-, beta- und gamma-Strahlen kurzzeitig bestrahlt. Die Dosis war so gering, daß die beratenden Strahlungs-Fachleute es nicht für nötig hielten, Schutzmaßnahmen für die dort Beschäftigten vorzusehen. Prof. Dr. von Wettstein ließ aber alles, was für den Schutz der Menschen von ihm als notwendig erachtet wurde, einsetzen. Nach 3 Jahren gab es mehrere Zucht-Stämme verschiedener Getreidearten, die eine erhebliche Steigerung der Ernteerträge versprachen. Von dem Anfangsbestand waren noch nicht 1/000, also noch nicht eine Pflanze aus tausend Saaten zu einer anscheinend gesunden Pflanze herangewachsen, die wieder reife Samen brachte. Der Schluß des Berichtes an den **Vierjahresplan Hermann Göring's** lautete etwas so:

Es ist gelungen, mehrer Zuchtstämme der 2 Haupt-Getreidearten, Weizen und Roggen erbmäßig so zu fixieren, daß keine erblichen Schwankungen eintreten werden. Jedoch sind die einzelnen Exemplare so labil in ihrem Kräfte-Zustand, daß vor einem Großanbau zur Zeit noch gewarnt werden muß, da trotz kostspieliger Schutz- und Betreuungsmaßnahmen im Feldversuch mit einem Total-Verlust der Ernte gerechnet werden muß. –

Der Einfluß von künstlicher Radioaktivität auf lebendes Zellgewebe, besonders genetisches Gewebe ist also erwiesen.

Vom Oktober 1940 bis Juli 1945 war Unterzeichnender abwesend. Jahrelang dauerte dann der Aufbau einer

neuen Existenz. Ein neuer Beginn der ehemaligen Arbeiten war daher nicht möglich.

Im Herbst 1958 hörte ich von **Dr. med. Karl F.A. Beck,** Chefarzt der Städtischen Kinderklinik in **Bayreuth,** durch einen entstellenden Zeitungsartikel über ihn, in dem berichtet wurde, daß Dr. Beck **vom Münchener Innenministerium seine Entlassung angedroht wurde,** wenn er nicht seine falschen Behauptungen, niedergelegt in seiner Schrift **„Mißbildungen und Atombombenversuche, Auffallende Häufungen von Mißbildungen bei menschlichen Neugeborenen in Oberfranken in der Zeit zwischen 1.4.57–15.11.57",** zurücknehme. Diese Schrift erschien im Karl F. Haug-Verlag AG.

Ich nahm damals Fühlung mit Herrn Dr. Beck auf. Es entstand ein Gedanken-Austausch. Im Zuge dieses Gedanken-Austauschs erhielt ich noch einige Hinweise, wie sorglos von offiziellen Stellen mit den Warnungen von Fachleuten umgegangen wird. Vom 1.4.57–15.11.57 wurden im Pazifischen Ozean mehrere überirdische Atombomben-Zündungen als Versuche durchgeführt. Die sehr geringen Mengen strahlenden Materials haben ganz Europa und somit auch den Bayreuther Raum erreicht. Dies führte zu einer **signifikanten Erhöhung von Mißbildungen bei Neugeborenen durch Strahlenschäden.** Die Häufung von Mißbildungen bei Neugeborenen war signifikant. Die Häufung der Mißbildungen bei Neugeborenen und der Tod von Pflanzenkeimen der bei über 1:1000, bei schwacher Bestrahlung, die als unschädlich von Fachleuten angesehen wurde, lag, sollte genug Basis für die Gefahr sein.

Im Jahr 1972 trat **Professor Petkau** in Kanada an die Öffentlichkeit mit dem Nachweis der Zellmembran-Schädigung durch **geringste Dosen künstlicher Radioaktivität.** Vom Autor **Ralph Graeub** erschien das Buch: **„Der Petkau-Effekt und unsere strahlende Zukunft"** Verlag Zytglogge, CH-3073 Gümligen. Wer dieses Buch nicht gelesen hat und auch mit objektiven Fachleuten nicht darüber gesprochen hat, hat kein Recht zu behaupten, er wisse um die Unschädlichkeit des Atom-Geschehens, gleich ob Kern-Spaltung oder Kern-Fusion. Lesen Sie den offenen Brief vom Kern-Physiker, Prof. Huster contra Bundespräsident Carstens, mit 83 Unterschriften von Fachleuten. Diese Unterschriften sind nur ein verschwindend kleiner Teil, der weltweit ca. 20.000 fachwissenschaftlichen Gegnern des Atomgeschehens.

Für den in Erb-Fragen nicht Bewanderten, nachfolgende Erklärung:
Es gibt dominante, aber auch rezessive Erb-Abwandlungen. Die dominanten treten in der F_1-Generation auf. Dies ist die Nachkommenschaft in der 1. Generation nach der Schädigung der Geschlechtszellen bei den Eltern, also die Generation der Kinder. Die F_2-Generation sind die Enkel, F_3 die Urenkel usw. Die rezessiven Erbmale, bzw. Erb-Schädigungen treten in der F_2 und allen späteren Generationen zutage, meist aber nur dann, wenn es erneut zu einer Verbindung mit einem gleichgeschädigten Partner kommt. Die Folge von rezessiven mit einem gleichgeschädigten Partner kommt. Die Folge von rezessiven Erb-Schädigungen ist, daß kein Mensch sagen kann, wieviel erb-geschädigter Nachwuchs bereits vorhanden ist.

Paracelsus wurde von den Medizinern seiner Zeit verfolgt und in Salzburg von den Dienern der dort anwesenden Ärzten erschlagen. **Dr. med. Semmelweis** „Der Retter der Frauen" wurde von seinem Chef Prof. Dr. med. Kleine und von fast allen maßgeblichen Wissenschaftlern verlacht, beschimpft, verfolgt, bis er trotz absoluter Gesundheit in eine Nervenheilanstalt eingesperrt wurde. Seine Erfolge bei der Bekämpfung der hohen Sterblichkeit der Wöchnerinnen in der Wiener-Universitätsklinik wurden nicht gewertet. Die Theorie der „Großen" galt mehr als der Tod von tausenden von Wöchnerinnen. **Dr. med. Schleich's** Lokal-Anästhesie wurde durch ein Ärzte-Kollegium bei einer Demonstrations-Vorführung durch Schleich, Betrug und absichtliche Irreführung vorgeworfen. Eine geschlossene Front von Fachleuten stand gegen ihn auf.

Dr. med. Robert Koch wurde auf das Heftigste von seinem Gegenspieler Prof. Dr. med. Virchow angegriffen, verleumdet, und in der Öffentlichkeit diffamiert, so daß Koch, als er an seinem Lebensabend den Nobelpreis erhielt, sich nicht mehr daran und darüber freuen konnte. Er fühlte sich durch Virchow und dessen Anhang entehrt, zerstört.

Liebe Leser, Sie werden denken: Vergangene Zeiten, heute ist dies unmöglich. Weit gefehlt, viele hundert Professoren Kleine, Virchow und deren Gefolge leben und wirken unter uns. Denken Sie an **Dr. med. Issels,** der von Berufskollegen ins Gefängnis gebracht wurde. Denken Sie an den Heilpraktiker **Rudolf Breuss,** der vor Gericht gestellt, angeklagt durch die österreichische Ärzteschaft, obwohl er vielen tausenden Kranken geholfen hatte. Nur durch eine Amnestie und Niederschlagung des Verfahrens durch den österreichischen Bundespräsidenten wurde er gerettet. Denken Sie an **Frau Dr. J. Budwig,** die als Heilpraktikerin unendlich vielen Menschen geholfen hat. Sowohl sie, wie auch Breuss haben Menschen geheilt, die aus Krankenhäusern zum Sterben nach Hause entlassen wurden. Auch Frau Dr. J. Budwig wurde durch Verleumdung in eine schier nicht endenwollende Kette von Prozessen hereingezogen. Immer wieder wurden neue Anklagen gegen sie erhoben, anstatt daß man ihren Heil-Empfehlungen nachgegangen wäre.

In diesem Zusammenhang darf ein Name nicht fehlen, es ist der von Frau Dr. med. Mildred Scheel. Sie war überzeugt von der Richtigkeit des Weges den sie ging und unterdrückte nach Möglichkeit alle anderen Erkenntnisse. Ihr Weg war nicht der richtige, konnte es nicht sein, da sie und alle ihre Berater fast nichts über die zerstörende Wirkung der radioaktiven Strahlung wußten.

Ich habe 2 Ehefrauen durch Krebs verloren und mich vor 29 Jahren auf den Weg gemacht, um dem Phänomen Krebs, dessen Ursache und der Abstellung der Ursache näherzukommen.

Bechtold Freiherr von Massenbach, WSL-Schweiz
Chalet Ahorn, CH-8777 Diesbach

WIR
SIND NICHT NUR
VERANTWORTLICH
FÜR DAS,
WAS WIR TUN,
SONDERN AUCH
FÜR DAS,
WAS WIR
WIDERSPRUCHSLOS
HINNEHMEN.

WOLFGANG KNIGGE
Mitglied des Präsidiums des WSL-D 2800 Bremen, 28.4.92

An das
Präsidium des
Bundes der Steuerzahler e.V. (BdSt)
Postfach
6200 Wiesbaden

Betr.: Ruine des Kalkarbrüters, ein 7 Milliardengrab

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Mai 1990 stellte das BfG in einem Urteil fest, daß Bundesminister Töpfer gegenüber Landesregierungen ein vorrangiges Weisungsrecht hat, womit zugleich auch festgestellt worden ist, daß die Bundesregierung in Sachen Kernenergie die Hauptverantwortung trägt.

Der Druck auf Inbetriebnahme von Atomanlagen hätte nunmehr Herrn Minister Töpfer erlaubt, auch im Falle Kalkarbrüter die Betriebsgenehmigung anzuweisen. Er tat es nicht! – Sollte der verantwortliche Minister die Mängelfakten längst gekannt haben?

Ein Jahrzehnt früher waren diese durch den kritischen Sachverstand veröffentlicht worden, und spätestens nach dem Enquête-Kommissionsbericht 1982 wurden sie verdichtet. Ein Baustopp damals hätte Milliarden-Steuergelder eingespart.

Im Dezember 1990 schließlich **wiederholte** eine internationale Gutachtergruppe, unwidersprochen vor Politikern und Strombossen, in Düsseldorf die längst bekannten Mängel und Risiken, was dann endlich **im April 1991 zum AUS des Brüters** führte. Der Vorwand finanzieller Engpässe durch den Forschungsminister war nur ein „Hintertürchen" um katastrophale Versäumnisse der Verantwortlichen zu vertuschen.

Auch die Atomruine der WAA Wackersdorf kostete dem Steuerzahler mehr als 3 Milliarden DM. Auch hier war **zuvor** die Nichteignung bekannt gewesen. VEBA-Chef v. Bennigsen wußte lange vorher, daß im Ausland billiger entsorgt wird und der Volkswille gegen diese Anlage war lange vorher dokumentiert. Aber erstmal mußten 3,5 Milliarden DM in den Sand gesetzt werden, bevor ein Firmenchef seine Macht spielen ließ und die Behörden und Ministerien das „unverzichtbare Projekt" plötzlich folgsam als verzichtbar erklärten.

Wenn 10 Milliarden Steuergeld verplempert wird, sollte dies doch wohl eine Angelegenheit des Bundes der Steuerzahler sein!?

Leider geschieht in der Öffentlichkeit nichts. Niemand wurde bisher haftbar gemacht, niemand regreßpflichtig, keine „Köpfe" rollten, nicht einmal eine Anklage des Bundes der Steuerzahler, der doch sonst bei geringfügigeren Anlässen seine berechtigte Klage erhebt.

'Kalkar' bleibt als Monument bundesdeutscher Atombauwut und blinder Technikgläubigkeit stehen, es sollte daraus ein Museum gemacht werden; mit der Darstellung, wie es zu solcher Verschwendung kommen konnte und mit der Bennenung aller Verantwortlichen.

Dem Präsidenten des Bundes der Steuerzahler würde ein verspätetes, nachträgliches Engagement zu besserer Glaubwürdigkeit verhelfen.

Die Ernüchterung aus illusiorischen Träumen aller Atompromotoren setzt nach allem, was im letzten Jahrzehnt Faktum wurde, langsam ein. Harrisburg, Tschernobyl und jede Menge Schrottreaktoren bedrohen die gesamte Welt so offenkundig, daß selbst die Atomlobby erkennt, eine erhoffte stabile, stets friedliche Welt bleibt illusiorisch. Damit ist die erste Prämisse weltweiter Atomnutzung hinfällig, – was allerdings auch schon ein Pennäler im Geschichtsunterricht lernten könnte.

Man darf gespannt sein, ob der BdSt diese Entwicklung nunmehr mit der nötigen Kritik begleitet.

Als ehemaliges Mitglied des AK Kernenergie im Landesverband Schleswig-Holstein der BdSt und Mitherausgeber der Broschüre

VERSCHWENDUNG VON ENERGIE UND ÖFFENTLICHEN MITTELN ALS FOLGE DER VERFLECHTUNG VON STAAT UND ENERGIEWIRTSCHAFT

möchte ich daran erinnern, daß das Präsidium vor mehr als 10 Jahren aus bedenklichen Gründen zu dieser qualifizierten Arbeit Distanz hielt. Der blinde Fleck im sonst gut funktionierenden Kontrollauge des BdSt war beim Thema 'Kernenergie' zu offenkundig, um darüber hinwegzusehen. Eine Revision Ihrer Einstellung würde den BdSt berechtigen, den haushälterischen Umgang mit Atomsubventionen in Bonn anzumahnen.

Atombombentests und Babysterben



Ralph Graeub
WSL-Schweiz

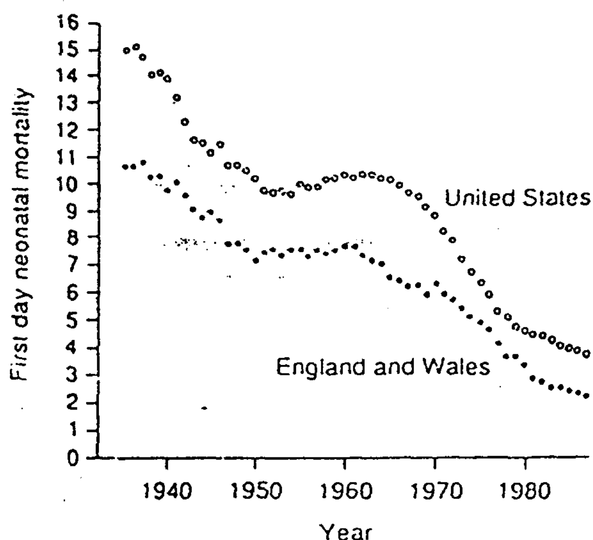
In der hochangesehenen Fachzeitschrift »The British Medical Journal« vom 9. Februar 1992 (Vol. 304, S. 343-346) erschien eine Studie von Prof. R.K. Whyte, McMaster University, Hamilton, Ontario, Canada, die einen Zusammenhang zwischen atmospärischen Atombombentests der fünfziger und sechziger Jahre und einem Babysterben befürchten läßt.

Ralph Graeub, Ing. Chem. ETH, geb. 1921 war als Entwicklungsingenieur und in Umweltschutzkommissionen tätig. Seit 1968 setzt er sich als Publizist, Buchautor und Referent, auch an Radio und Fernsehen, gegen die Atomenergie ein. Sein letztes Buch: »Der Petkau-Effekt«. Er ist Mitglied der Gruppe Strahlenschutz der »Ärzte für soziale Verantwortung« IPPNW-PSR, Sektion Schweiz.

Solche Zusammenhänge wurden bisher weltweit von allen Strahlenschutzgremien und Gesundheitsbehörden in Abrede gestellt.

Hohe statistische Korrelationen

Hohe statistische Korrelationen zeigen, daß allein in den USA und in Großbritannien von 1950-1980 320.000 Babys zusätzlich gestorben sein dürften. Untersucht wurden die Sterblichkeit am ersten Tag nach der Geburt, innerhalb der ersten 28 Tage, aber auch die Anzahl Totgeburten.



Die Grafik zeigt als Beispiel die Säuglingssterblichkeit am ersten Tag nach der Geburt (Tote pro 1.000 Lebendgeburten) für England und Wales sowie die USA. Vor 1950 nahm diese Sterblichkeit ziemlich kontinuierlich ab. Seit etwa 1950 (Beginn der Atombombentets) knikken die Kurven: Die Sterblichkeit nimmt nicht weiter ab oder sogar wieder leicht zu. Nach dem Bombenteststopp 1963 begann die Sterblichkeit – verzögert – wieder abzunehmen, bis die Kurven Ende der siebziger Jahre wieder den Charakter des Trends vor den Bombentests annahmen. Ein analoger Kurvenverlauf wurde auch für die zusätzlichen Todesfälle in den ersten 28 Tagen nach der Geburt und die Anzahl Totgeburten nachgewiesen.

Bisherige Studien bestätigt

Insbesondere Prof. E.J. Sternglass (USA) hatte schon seit über drei Jahrzehnten auf solche physischen und sogar mentalen Schäden beim Menschen und dem Fallout dieser Atomtests, aber auch infolge von Emmissionen aus Atomanlagen aufmerksam gemacht[1]. Diese stoßen ebenfalls schon im Normalbetrieb Atomspaltprodukte aus, wie sie im Fallout vorhanden sind, zum Beispiel Strontium-90, Jod-131, Kohlenstoff-14, Tritium, Krypton-85 usw. Whyte erwähnt auch eine solche Arbeit von Sternglass von 1969, die sowohl geographisch wie zeitlich einen engen Zusammenhang zwischen steigender Strontium-90-Belastung durch die Atombombentests von 1950-64 und zusätzlichem Babysterben aufzeigt. Ebenso zitiert Whyte Prof. J. Scheer (Bremen), der ein um 35% erhöhtes Babysterben nach Tschernobyl in Süddeutschland festgestellt hat. Heute liegen jedoch noch eine Vielzahl von Labor- und epidemiologischen Studien zu den Auswirkungen von Fallout und niedriger Radioaktivität auf Menschen, Tiere und Pflanzen vor[1,2,3,4]. Ein Muß ist es hier, das neue Taschenbuch von Gould/Goldmann zu erwähnen[4]. Seine anschaulichen, aufgrund offizieller Daten erstellten Statistiken sprechen für sich. Die Whyte-Studie festigt auch sie nachhaltig. Alle diese Erkenntnisse sollten endlich in die Strahlenschutzgesetze einfliessen.

Gesellschaftliche Konsequenzen

In einem Memorandum[5] vom 12. März 1992 macht Sternglass auf die Konsequenzen der Whyte-Studie aufmerksam. Nach Whyte sind von 1950-80 allein in den USA 280.000 Babys infolge der Atomeplosionen zusätzlich gestorben. Weil etwa zehmal mehr untergewichtige Babys überleben, die aber oft physische und mentale Probleme aufweisen, könnte es heute Millionen von solchen durch Atombombentests geschädigte zehn- bis 45jährige Individuen geben. Der größte gesundheitliche und ökonomische Schaden durch Fallout wären demnach also nicht erhöhte Leukämie- und Krebsraten bei Kindern, sondern mehr frühreife und untergewichtige Geburten. Daraus resultieren erhöhte Babysterblichkeiten, beeinträchtigte Schwangerschaften und Immunschwäche der überlebenden Kinder (Whyte geht allerdings auf Immunschwäche in seinem Artikel nicht ein). Pro tausend Lebendgeburten ist aber die Anzahl der untergewichtigen Babys etwa 100mal größer als diejenige, der an Krebs und Leukämie sterbenden Kinder.

Wie die Nachrichtenagentur AP kürzlich meldete, liegt – fast sechs Jahre nach Tschernobyl – die Studie einer ukrainischen Parlamentskommission vor, die in der Ukraine und in Weißrussland eine deutliche Zunahme von Krebs bei Kindern, massiv mehr Geburtsschäden und Wachstumsprobleme feststellt. Zudem wird darauf hingewiesen, daß zwei- bis dreieinhalbmal mehr Kinder unter Immunschwäche leiden als vor 1986.

Risiken unterschätzt

Demzufolge könnten – nach dem Whyte-Artikel – möglicherweise die gesundheitlichen Risiken von Fallout (z.B. auch Tschernobyl) etwa 100-1000mal unterschätzt werden, weil der Strahlenschutz nur Krebs und Erbschäden berücksichtigt! Dabei stützt man sich auf Erfahrungen durch äußere Kurzzeit-Bestrahlungen mit hohen Dosen auf Erwachsene (Japaner, Atombombenblitz, Hiroshima/Nagasaki). Bei solchen Bestrahlungen dominiert der leichter reparierbare Schaden am Zellkern gegenüber dem indirekten Schaden durch freie Sauerstoffradikale an den Zellmembranen (Petkau-Effekt). Dieser ist am wirksamsten bei kleinen Dosisraten, wie sie beispielsweise beim Fallout vorkommen.

Überlineare Wirkungskurve

Die Daten von Prof. Whyte stützen die zunehmende Erkenntnis, daß eine lineare Extrapolation aus hohen und von außen erhaltenen Strahlendosen (Japaner) ungeeignet ist, um zu maximal zulässigen Konzentrationen von Spaltprodukten (wie Fallout) in Milch, Trinkwasser und Nahrung zu gelangen. Dabei werden gerade die empfindlichstenTeile unserer Gesellschaft ganz ungenügend geschützt, nämlich der sich entwickelnde Fötus und die ältesten Menschen, welche beide eine schwächere Immunabwehr haben. So weit Sternglass. Seine Äußerungen zeigen, daß es unverantwortlich ist, heute noch überlineare Effekte im niedrigsten Dosisbereich abzustreiten. Zudem wird im Strahlenschutz die unterschiedliche Strahlenempfindlichkeit der Bevölkerung nicht beachtet, wie z.B. Alter, Geschlecht, Krankheiten, genetische Disposition.

Schließung aller AKW gefordert

Ende Februar 1992 fand in Kiel (BRD) die 1. Internationale Konferenz der neuen »Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.« statt, zum Thema »Die neue Bewertung des Strahlenrisikos«. Mitveranstalter war das Otto-Hug-Strahleninstitut in Bonn, ein regionaler Zusammenschlauß von Experten deutscher Universitätsinstitute. Über 300 Wissenschaftler und Ärzte nahmen daran teil. Zum Schluß wurde eine Erklärung des Nuklearmediziners Prof. Horst Kuni (Universität Marburg) mit anhaltendem Beifall bedacht. Er verkündete einen Beschluß des Otto-Hug-Strahleninstituts. Angesichts der sich häufenden Befunde vor allem über Blutkrebs bei Kindern auch nach Einwirkung niedrigster Strahlendosen, »halten wir es für gesichert, daß die durch den Betrieb der Atomkraftwerke

freigesetzte Kollektivdosis hinreicht, um bei Beschäftigten, aber auch in der Bevölkerung manifeste Gesundheitsschäden auszulösen«. Die Betreiber von Atomanlagen wurden aufgefordert, ihre Anlagen stillzulegen. Die Konferenz stand unter der Schirmherrschaft von Günter Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie des Landes Schleswig-Holstein.

[1] Graeub R.: »Der Petkau-Effekt«. Mit Nachtrag aktualisierte 4. Auflage, 1990. Verlag Zytglogge (456 Literatur-Nachweise).
[2] Scholz R.: »Bedrohung des Lebens durch radioaktive Bestrahlung« Strahlentelex vom 16.1.92 (D-3000 Berlin 21, Tunnelstr. 13).
[3] Graeub R.: »The Petkau Effect«, 250 pages, 1992, Four Walls Eight Windows, New York.
[4] Gould J.M./Goldmann B.A.: »Tödliche Täuschung Radioaktivität«. März 1992. Verlag C.H. Beck, München (Deutsche Ausgabe von »Dealy Deceit«).
[5] Sternglass E.J.: »Memorandum on the implications of the article Dr. R.K. Whyte«. FAX from 1 212 362 1334. (170 West End Ave. New York, NY 10023). 12. März 1992.

Basler Zeitung Montag, 6. April 1992

Geheimes NS Gutachten beweist kein Hindernis für Schönberg Gift

Vorwort:

Der Mannheimer Amtsgerichtsdirektor Rudolf Deichner hat bekanntlich in einer umfangreichen Studie darauf aufmerksam gemacht, daß die ungeheuer großen Mengen an Dioxin-Abfall der Fa. C.H. Boehringer, Ingelheim und Hamburg auf Giftmülldeponien in der Bundesrepublik Deutschland und in Schönberg nahe der ehemaligen Zonengrenze abgekippt wurden. **Der WSL-D hat seinerzeit bei den für die Giftmüll-Deponien und für die Hersteller-Betriebe zuständigen Staatsanwaltschaften Anzeige erstattet.** Diese Strafanzeigen, **die einen schwersten Verstoß gegen den Art. 2 II GG – 'Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit' nachwiesen,** benannten auch einen der Verantwortlichen, den damaligen 'Persönlich haftenden Gesellschafter' der Firma C.H. Boehringer, den derzeitigen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Wer einen Einblick in das Verhalten mancher Bereiche der heutigen Justiz gewonnen hat, wird nicht verwundert sein, zu vernehmen, daß sämtliche **Strafanzeigen des WSL-D abgeschmettert wurden.** Bei den Giftmüll-Deponien, die mit riesigen Dioxin-Mengen 'bedacht' wurden, handelte es sich insbesondere um die Standorte Germersheim/Pfalz, Malsch bei Karlsruhe, Hoheneggelsen, Krs. Hameln-Pyrmont, Münchenhagen, Krs. Nienburg, Hamburg-Georgswerder, Hamburg-Müggenburgerstraße und eben Schönberg in Mecklenburg, unmittelbar an der früheren Zonengrenze. Wer die Bilder der durch die Dioxin-Verseuchung entstellten Kindergesichter in Seveso gesehen hat, wie die der von hunderten von toten Schafen, dem werden sich diese Bilder des Grauens unverwischbar eingeprägt haben. Dabei wurden in Seveso ganze 200 g Dioxin freigesetzt. Auf den deutschen Giftmülldeponien aber wurde vermutlich das Vielhundertfache dieser Seveso-Menge abgekippt. Allein in Hamburg-Georgswerder rechnet man mit ca. 100 kg! Um eine wesentlich größere Menge dürfte es sich in Schönberg handeln. **'Umweltvergifter handeln wie gemeingefährliche Verbrecher!'** sagte Hans-Dietrich Genscher als damaliger Bundesinnenminister lt. 'Gesundheitspolitische Umschau' 8/1971, S. 177. Und das **Bundesinnenministerium** bestätigte unter dem 1.7.1974 in einem Schreiben an den Verfasser dieses Vorwortes diese Aussage: **'Das von Ihnen angeführte Zitat entspricht nach wie vor der Auffassung meines Hauses.'**

Bisher hat man noch nichts davon gehört, daß auch nur einer der von Herrn Genscher als 'gemeingefährliche Verbrecher' bezeichneten 'Umweltvergifter' zur Rechenschaft gezogen wurde.

Ernst-Otto Cohrs

Giftmülldeponie Schönberg – Trinkwassergefahr für Lübecks Bevölkerung

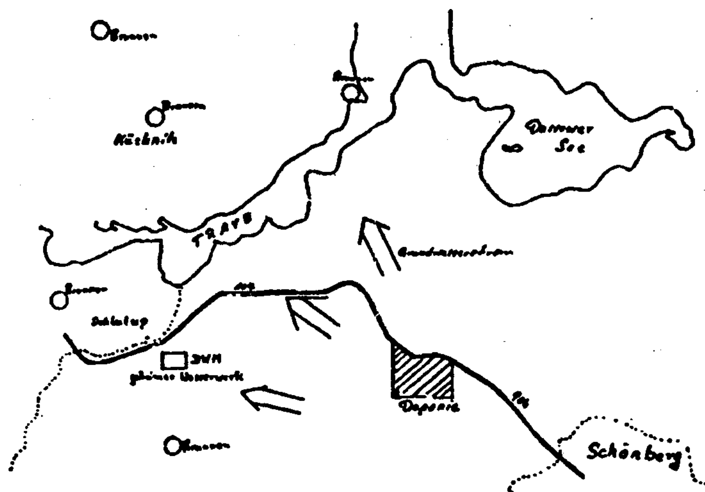
Bundesweit wird berichtet über die Dramatik, die sich mit Europas größter Giftmülldeponie vor den Toren Lübecks verbindet. Die Versorgung mit reinem Trinkwasser für 700.000 Menschen steht auf dem Spiel.

Die Politiker der großen Parteien schweigen

Die Lübecker Nachrichten berichten seit Monaten nicht mehr.

Die Politiker schweigen, und die Lübecker Nachrichten berichten über die sich zuspitzende, brisante Lage seit Monaten nicht mehr. Die Vereinigten Bürgerinitiativen gegen die Giftmülldeponie Schönberg haben vergeblich versucht, mit dem Chefredakteur Klaus Groth oder seinem Stellvertreter Achim Hauenschild Kontakt aufzunehmen.

Jeder Bürger hat das Recht auf Information. Wie läßt sich der Versuch einer derart gravierenden politischen Manipulation der einzigen Lübecker Tageszeitung erklären? Die Chefetage der Lübecker Nachrichten handelt verantwortungslos, wenn sie meint, der Bevölkerung so wichtige Informationen vorenthalten zu können.



Dramatik wird den Bürgern vorenthalten

Jetzt, wo die Enthüllungen der Vereinigten Bürgerinitiativen zur sofortigen Schließung, Stillegung und Sanierung der Deponie führen müßte, boykottieren die Lübecker Nachrichten die Berichterstattung. Offensichtlich soll verhindert werden, daß die Lübecker Bevölkerung die Wahrheit über das Ausmaß der bevorstehenden oder bereits eingetretenen Verseuchung ihres Trinkwassers, die Vergiftung der Luft und des Bodens erfährt.

Giftmüllkippe 1979 ohne Umweltverträglichkeitsprüfung errichtet

Die Deponie wurde 1979 als **Geheimprojekt des Alexander-Schalk-Golodowski-Intrac Imperiums in Zusammenarbeit mit westlichen Politikern,** eingerichtet. Beteiligt waren u.a. **Verantwortliche der schleswig-holsteinischen Barschel-Regierung und der Lübecker Senat.**

Nach dem Regierungswechsel sorgte die jetztige Landesregierung für den weiteren „reibungslosen" Betrieb.

Europas größte Giftkippe mitten in Lübecks Trinkwassereinzugsbereich

Einrichtung, Betrieb und Ausbau der Giftkippe, die sich mitten im Trinkwassereinzugsbereich von Lübeck befindet, sind **das größte Umweltverbrechen, das sich zwischen ehemals Ost- und Westdeutschland** abgespielt hat. Die unter Stasischutz begonnene Vergiftung der

Umwelt wird heute von Tochterfirmen alter „Koko" – Unternehmen fortgesetzt und politisch gedeckt.

Deponiegifte verseuchen unser Trinkwasser

Grüne und Bürgerinitiativen erbrachten den Beweis, daß die direkte Grundwasserverbindung zwischen der Giftmülldeponie Schönberg und der Lübecker Trinkwassermulde verantwortlichen Politiker bereits seit 1979 bekannt war.

Grundwasserstrom von Schönberg mit Lübecker Trinkwasserbrunnen verbunden

Das von Grünen und Bürgerinitiativen im Februar 1992 veröffentlichte „Gutachten über das Wasserwerk der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken AG in Lübeck-Schlutup" **aus dem Jahre 1942** belegt, daß breit angelegte Grundwasserströme aus Richtung Osten (d.h. auch aus dem Umfeld der Deponie Schönfeld) in die „Lübekker Mulde" fließen, aus der wir unser Trinkwasser beziehen. **Dieses Gutachten lag dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (MELF) bereits 1979 – also bei Errichtung der Deponie vor.**

Eiszeitbarriere – eine Stasifälschung!

Obwohl die Gefahren für das Lübecker Trinkwasser bekannt waren, erfand man im Jahre 1986 eine „Eiszeitbarriere", die als geologisches Schott, angeblich verhindern sollte, daß Deponiegifte nach Lübeck gelangen. Sie sollte mit Ton und Lehm verfüllt sein, im ehemals verminten, unzugänglichen „Todesstreifen" zur DDR liegen und sich gerade dort befinden, wo 1942 in wasserführenden Sanden der Falinger Heide das Wasserwerk und die Förderbrunnen angelegt wurden. Diese Eiszeitbarriere gibt es nicht!

Gutachter hat bereits 1987 Vergiftung unseres Trinkwassers vorausgesagt!

Zweifel an dem „geologischen Schott" meldete bereits im Jahre 1987 der Kieler Hydrogeologe Dr. Klaus Gronemeier an. Er errechnete, daß das Deponiegift innerhalb von 3,9 bis 11 Jahren in Lübecks Brunnen sein könnte.

Diese Zeit ist bereits um

Als ehemaliger Leiter der Abteilung Umweltschutz im Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftsministerium unter Minister Günther Flessner wirkte Dr. Peter-Uwe Conrad maßgeblich bei der Einrichtung der Deponie und der Erfindung der Eiszeitbarriere mit. Heute sorgt er als Staatssekretär im Umweltministerium von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin für den Weiterbetrieb und den Ausbau der Giftkippe.

Pauschalgenehmigung bis 1994 nach SED-Manier erteilt

Trotz bekannter Gefahren für das Lübecker Trinkwasser veranlaßte er im Juni 1991 per Ermächtigung das Bergbauamt Stralsund, der Ilenberg Abfallgesellschaft (IAG) als Betreiberin eine Pauschalgenehmigung zum weiteren Betrieb und Ausbau der Deponie bis zum 31. Januar 1994 ohne die notwendigen Umweltverträglichkeitsprüfungen zu erteilen.

Diese Pauschalgenehmigung soll jetzt durch ein hydrogeologisches Gutachten nachträglich abgesegnet werden. Mit der Erstellung ist nicht etwa ein unabhängiges Institut, sondern das geologische Landesamt von Mecklenburg-Vorpommern beauftragt, das dem **Staatssekretär Dr. Peter-Uwe Conrad** unterstellt ist.

Giftkippe soll bis 2005 noch alle Gifte Europas schlucken

Die größte Giftmüllkippe Europas, Schönberg, soll nach dem Wunsch von Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern noch weit über das Jahr 2005 hinaus aufrecht erhalten bleiben.

Die Giftkippe, mitten im Trinkwassereinzugsgebiet von Lübeck und Umgebung wird dann mit einem **Fassungsvermögen von mindestens 50 Millionen Tonnen ein weithin sichtbares Mahnmal einer skrupellosen Umweltpolitik sein.**

100 Mio. DM Gewinn jährlich an die Müllmafia

Garantiert 100 Millionen harte Westdevisen flossen bis zur Wende in die Kassen der SED.

Heute versprechen sich die gleichen Verantwortlichen aus West und Ost, die längst eigene Gesellschaften gegründet haben, daß dieser garantierte Gewinn in die eigenen Taschen fließt.

Den Preis für die Umweltzerstörung dagegen zahlen einzig und allein die Bürger von Lübeck und Umgebung mit der Vergiftung ihres Trinkwassers, mit ihrer Gesundheit und letztlich der Zerstörung des gesamten Lebensraumes.

Lübecks Himmelblaues Wochenende, 28.3.1992

Ob Kapitalismus oder Kommunismus – die Umwelt wird zerstört!

Sie waren die erbittersten Feinde unseres Jahrhunderts, deren Gegensätzlichkeit unser Jahrhundert erschütterte und immer wieder den Weltfrieden gefährdete. Es war der Krieg der Weltanschauungen, der Kampf zwischen Demokratien und Diktaturen, zwischen Freiheit und Zwang – so jedenfalls wurde uns ein politisches Schauspiel vorgeführt, welches wohl **die größte Irreführung der Weltgeschichte** gewesen sein dürfte.

Die schwedische Zeitung „Judisk Tidskrift" brachte in ihrer Ausgabe Nr. 57 aus dem Jahr 1929 einen von Blumenthal gezeichneten Artikel, in dem es hieß:

> 'Erst kürzlich hat unsere Rasse der Welt einen neuen Propheten geschenkt, der zwei Namen und zwei Gesichter trägt: Auf der einen Seite lautet sein Name Rothschild – auf der anderen Karl Marx, der Apostel jener Seite, welche die andere zerstören möchte.'

Rotschild und Karl Marx also werden hier dargestellt wie zwei Personen, die am gleichen Strang ziehen und nur so tun, als sei es ein Kampf auf Leben und Tod. **Heute wissen wir,** daß Karl Marx keineswegs der „Erfinder" des antikapitalistischen Kommunimus ist. Dessen Grundthesen, die stärker noch einen Anarchismus betonen, wurden bereits 100 Jahre früher von **Adam Weishaupt** entwickelt. Dieser war ein Schüler des Philosophen **Moses Mendelsohn;** bekannter ist Weishaupt als Begründer des sehr strengen Freimaurerordens der **„Illuminaten".** Sein Protégé und Geldgeber aber war der erste Rothschild, Nathan, dessen fünf Söhne in 5 europäischen Hauptstädten Banken gründeten und damit das Kapital internationalisierten. Die „Illuminaten" arbeiteten eng mit der französischen Loge „Grand Orient" zusammen, welche über den Herzog von Orléans und die Jakobiner die französische Revolution inszenierten. Weishaupt steuerte die anarchistischen Parolen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit bei. Diese Revolution sollte der Beginn einer

kommunistischen Weltrevolution sein, die allerdings daran scheiterte, daß Napoleon auf ihr seine Hausmacht aufbaute.

Nathan Rothschild war der Januskopf, zugleich Chef der kommunistischen wie der kapitalistischen Internationale. Seine Frau sprach den berühmeten Satz: „Wenn meine Söhne es nicht wollen, gibt es keinen Krieg". So nehmen sie für sich in Anspruch, daß jener fünfzackige Stern, der sowhl die russischen wie die amerikanischen Panzer zierte, in Wahrheit die fünf Brüder Rothschild symbolisiert.

Wenn die Mutter der 5 Brüder Rothschild nicht übertrieben hat, so dürften alle späteren europäischen Revolutionen von ihnen gewollt, wenn nicht gar inszeniert worden sein; denn in allen diesen Revolutionen erklang das Echo von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, und alle hatten sie zum Ziel, das bestehende Ordnungssystem zu zerstören.

Es ist kein Geheimnis, daß das Zentrum des Privatkapitalismus in der New Yorker Bankenstraße, der Wallstreet, liegt. Das Zentrum des Kommunismus war Rußland, keineswegs das zaristische, sondern das bolschewistische. Das Zarentum war eine antisemitische Adelsherrschaft, die es zu zerstören galt. Die Zerstörung setzte mit dem 1904 begonnenen russisch-japanischen Krieg ein. An der anschließenden – mißlungenen – Revolution von 1905 war bereits der 25jährige Trotzki beteiligt. Seine Frau, die Sedowa, stammte aus der Wallstreetfamilie Warburg. Aus diesen Kreisen wurde bereits Japan gegen Rußland finanziell unterstützt.

Die Revolution von 1917 schließlich wurde von der Wallstreet über Trotzki bzw. dessen Frau mit 200 Millionen Dollar finanziert. **Lenin und Trotzki** hatten sehr unterschiedliche Vorstellungen von den Zielen dieser Revolution, doch Lenin mußte seinen Widersacher wegen der Finanzierung dulden.

Warum, so muß man sich fragen, hebt der Privatkapitalismus seinen Erzfeind, den Kommunismus, aus der Taufe, finanziert seine Existenz und wendet Riesenbeträge auf, um für seine weltweite Ausdehnung zu sorgen? Da doch dieser Kommunismus die als Ausbeuter verschrieenen Kapitalisten sogleich enteignet, entmachtet oder gar umbringt, bezahlen doch die Kapitalisten ihren eigenen Henker!

Was trennt diese feindlichen Brüder und was haben sie gemeinsam?

Beide Systeme haben sich dem Kapital unterworfen, welches auf der einen Seite in privater, auf der anderen Seite in staatlicher Hand sich befindet. Dem Wirken des Kapitals wurde eine gewisse Gesetzmäßigkeit zugesprochen, wie sie die Weltanschauung des Materialismus in der Natur und ihrer Entwicklungen und Ereignisse gleichfalls zu erkennen glaubt. Der Mensch wurde zu einem passiven Beobachter dieses Geschehens degradiert, und sein großes Glück lag nun nicht mehr in einem paradiesischen Jenseits, sondern war materieller Natur.

Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit hat es etwas Vergleichbares gegeben; stets haben die Regierungen und Herrscher die Wirtschaft, das Kapital, politischen Zwecken untergeordnet.

Die auffallendste Gemeinsamkeit dieser beiden kapitalistischen Systeme ist ihr Internationalismus, wie ihn bereits die „Gleichheit" in dem Dreisatz der französischen Revolution andeutet. Internationalismus bedeutet die Zerstörung nationaler Interessen, nationaler Kulturen, Eigenheiten, Traditionen und Idealismen.

Beide Systeme basieren auf dem gleichen weltanschaulichen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Materialismus. Was sie hingegen trennt, ist die Tatsache, daß sich hier das Kapital in privater und dort in staatlicher Hand befindet, während sich beide gleichermaßen von einem ständigen Wirtschaftswachstum abhängig gemacht haben, wenngleich es in der Natur der Sache liegt, daß **auch die Bäume der Wirtschaft nicht in den Himmel wachsen.** Was sie ferner trennt, ist auf der einen Seite die liberale Demokratie, in der auch parasitären Kräften die Möglichkeit gegeben ist, sich über das Kapital Macht und Einfluß zu verschaffen, während auf der anderen Seite die Diktatur einer Einparteien-Zwangsherrschaft herrscht. Allein diese unterschiedlichen Erscheinungsbilder markieren das Wesen einer Todfeindschaft und spaltet die Welt in nur zwei Lager: **Staatskapitalstische Diktatur oder privatkapitalistische Demokratie.**

Das Unglaubliche ist aber eben, daß der Privatkapitalismus seinen Todfeind selbst auf die Beine gestellt hat; und gerade dieses Unglaubliche macht die Hintermänner der Geheimpolitik unverdächtig, wenngleich die Tatsache auffallen mußte, daß über 80% der führenden Köpfe der russischen Revolution einer ebensolchen ethnischen Minderheit entstamme. wie die der Wallstreet-Bankiers.

Man kann ihnen, die bereits seit Nathan Rothschild sowohl die kommunistische wie die kapitalistische Internationale kontrollieren, weder Dummheit noch Kurzsichtigkeit nachsagen. Man muß sich auch von dem Gedanken freimachen, daß sich unser heutiger Status aus einem freien Spiel der Kräfte ergeben habe, die einer bestimmten Gesetzmäßigkeit folgt. Man denke an den Ausspruch der Mutter der 5 Brüder Rothschild! Wenn sie über Krieg und Frieden zu entscheiden vermochten, dann konnten sie auch als **der entscheidende spiritus rector** über andere politische Entwicklungen entscheiden. es wurden kalte und heiße Kriege inszeniert, Angst vor einem dritten Weltkrieg geschürt und die Notwendigkeit von internationalen Organisationen zur Vermeidung einer Weltkatastrophe dringend nahegelegt. Als dann, erwartungsgemäß, der Staatskapitalismus endgültig zusammenbrach, da ging aus diesem Machtkampf um Leben und Tod, Freiheit und Gerechtigkeit der Privatkapitalismus als der umso strahlendere Sieger hervor. In Wahrheit aber hat der Kapitalismus nur seinen Sparingspartner besiegt.

Die Folge aber war und ist, daß keine andere Alternative zum Privatkapitalismus mehr zur Debatte steht. Doch **dieses System kann nicht die ultima ratio sein.** Man verheißt eine neue Weltordnung, die in einer einheitlichen Weltregierung gipfelt. Doch diese dürfte wohl nichts mehr mit einer Demokratie zu tun haben; denn ein legislatives Parlament, in dem in über einhundert Sprachen debattiert werden müßte, würde ein riesiges Fußballstadion füllen. Damit wäre die Demokratie wohl ad absurdum geführt.

Hans-Werner Woltersdorf

Und niemals wähle ich den Landesfeind
Zum Freunde, weil ich weiß:
die Heimat ist's.
Die uns erhält, und steuert sie mit uns
auf rechter Bahn, gewinnen wir auch Freunde.
(Sophokles 496-406 v. Chr./Antigone)

US-Diktatur in Vorbereitung

Ähnlich dem sowjetischen Präsidenten ist auch der amerikanische Präsident im Bedarfsfall mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet. Zu diesem Zweck ist bereits Vorsorge getroffen worden, die es jedem amerikanischen Präsidenten erlaubt, **„im Falle einer internationalen Krise wirtschhaftlicher, politischer oder militärischer Art" die Verfassung außer Kraft zu setzen und eine unmittelbare diktatorische Kontrolle über die USA auszuüben.** Die entsprechenden „Executive Orders" stehen seit der sogenannten Kuba-Krise jedem US-Präsidenten zur Verfügung. Einige Beispiele:

Executive Order Nr. 10995: **Die Übernahme sämtlicher Kommunikationsmittel durch den Staat.**

Executive Order Nr. 10998: **Der Staat übernimmt alle Landwirtschaftsbetriebe und die Verteilung der Nahrungsmittel.**

Executive Order Nr. 11000: **Anweisung des Arbeitseinsatzes aller Bürger des Landes durch Regierungsdienststellen.**

Executive Order Nr. 11004: **Übernahme aller Finanzinstitute, Anweisung neuer Wohngebiete, Zwangsumsiedlung usw.**

Bei Anwendung dieser Maßnahmen wäre kaum mehr ein Unterschied zur ehemaligen Sowjetunion vorhanden – eine gemeinsame Regierung könnte eingeführt werden – **die „Neue Weltordnung"?**

Dazu 1963 **US-Präsident John F. Kennedy** während einer Rede an der Columbia-Universität: „Das Amt des Präsidenten ist dazu benutzt worden, ein Komplott zu schmieden, daß die Freiheit Amerikas zerstören soll. Bevor ich mein Amt verlasse, muß ich die Bürger Amerikas darauf hinweisen." Zehn Tage später war Kennedy tot.

„Niemand schafft größeres Unrecht als der, der es in den Formen des Rechts begeht."

Platon, griechischer Philosoph

Strategie-Konzept für die photovoltaische Stromerzeugung in Österreich

Zwei Quadratmeter Solarzellen pro Einwohner bis zum Jahr 2000

5 Prozent Solarstrom bis zum Jahr 2001

Von allen Arten der Energiegewinnung gilt derzeit die Photovoltaik („Strom aus Tageslicht") als die sauberste, sympathischste und zukunftssicherste. Die Photovoltaik-Solarstromtechnik ist bereits so weit fortgeschritten, daß mit einer industriellen Massenproduktion begonnen werden kann. Um dem umweltfreundlichen Solarstrom zum Durchbruch zu verhelfen, bedarf es einer breiten öffentlichen Unterstützung, ähnlich wie seinerzeit bei der Einführung er Atomenergie. Als ein wirkungsvoller Weg gilt, eine Produktion von Solarzellen und Netzverbund-Wechselrichter in großem Maßstab aufzubauen. Österreich könnte dabei weltweit eine Vorreiterrolle übernehmen, den noch hohen PV-Preis radikal zu senken und damit der Solarstromtechnik global einen Durchbruch zu ermöglichen.

Eine gewaltige Kostensenkung für dezentrale Solarstrom-Anlagen ist durch die Realisierung bereits seit Jahren vorhandener Photovoltaik-Markteinführungs-Konzepte erreichbar.

Zur Markteinführung der photovoltaischen Solarstromerzeugung und aus Krisenvorsorge (Zivilschutzgründen) sollen bis zum Jahr 2000 mindestens zwei Quadratmeter (200 Watt) Solarzellen pro Einwohner installiert werden, für Österreich sind dies 16 Millionen Quadratmeter (1.600 MWp) Solarmodule.

Bis zum Jahr 2001 sollen 5% des Stromes solar gedeckt werden.

Das wären (auf heutiger Basis) für Österreich 2000 MWp.

Sollten diese Punkte eine breite politische und parlamentarische Zustimmung finden, wie sie auch von Bundesminister Schüssel am 25.5.1990 anläßlich der AUSTRO-SOLAR am Großglockner sowie von den Energiesprechern aller 4 im Parlament vertretenen Parteien bei der Eröffnung des EURO-SOLAR AUSTRIA-Informationszentrums in Wien-Arsenal am 20. Juni 1991 signalisiert wurde, so wären für den österreichischen Inlandsmarkt rasch erforderlich:

- Errichtung einer Solarzellen-Produktionsstätte mit einer Jahreskapazität von mindestens 60 Megawatt peak (MWp)
- Errichtung einer Wechselrichter-(Netzkoppelgeräte-) Produktionsstätte
- Halbleiter-Silizium-Produktion in Kooperation mit Oststaaten.

1. Etappe
Pilot- und Demonstrationsanlagen

Vor allem öffentliche Einrichtungen sollten Vorreiter sein und mit Solarzellenanlagen ausgestattet werden. In „DAS SOLARZEITALTER" 2/1991 wurde ein ausführlicher Überblick über laufende Initiativen in Österreich gegeben. Nach der Höheren Technischen Lehranstalt HTL Wixen 10, der HTL St. Pölten und der HTL Leonding sind im vergangenen Jahr weitere Schulen mit netzverbundenen Solaranlagen ausgestattet worden:

Berufsschule Stockerau, NÖ	1 kWp
HTBL Wels	1,5 kWp
HTBLA Klagenfurt	0,25 kWp (Insel)
HTBLA Innsbruck	2,1 kWp
In Planung sind:	
Berufsschule Wien, Mollardgasse	2,5 kWp
HTBLA Bregenz	

In der ersten Etappe ist außerdem vorzusehen:

Umgehende Errichtung eines Prüf-, Test- und Demonstrations-Zentrums für Wechselrichter- und Photovoltaik-Anlagen z.B. in Wien-Arsenal (ca. 340 kWp, Ähnlich Kobern-Gondorf, jedoch für Einheiten zwischen 100 Watt und 3 kW).

Bis Ende 1992 sollen in Österreich 1000 netzgekoppelte Photovoltaik-Anlagen ab 0,2 kWp, mit einer Gesamt-

Spitzenleistung über 1 Megawatt, installiert werden (ähnlich dem Schweizer Projekt „MEGAWATT" v. Alpha Real).

Bis Ende 1992 alle Grenzübergänge mit weithin sichtbaren Solarstrom-Generatoren ausstatten, ähnlich wie bereits seit 25. Oktober 1991 am Autobahnzollamt Spielfeld/Steiermark in Betrieb (1,2 kWp).

Als Auflagen für den Einsatz von Solarstromanlagen, kurzfristig, z.B.:

Ausstattung von Zivilschutzräumen mit Photovoltaikanlagen (2 Quadratmeter pro zugelassenem Schutzraumbenützer)

Ausstattung mit Solarstrom-Modulen vor allem von behördlich vorgeschriebenen Sicherheitsbeleuchtungen (nach ÖVE E2), CO-Warnanlagen, USV-Anlagen (unterbrechungsfreie Stromversorgung, z.B. für EDV, Krankenhäuser u.ä.).

In der Schweiz und in Deutschland werden bereits Netzverbund-Solarzellenanlagen schlüsselfertig, betriebsbereit, in günstigen Fällen mit 100.000 Schilling pro Kilowatt peak angeboten. In Österreich ist derzeit mit einem Preis von 200.000 S/kWp für dezentrale private PV-Anlagen zu rechnen. Die Kosten der 30-kWp-Photovoltaik-Anlage am Loser werden mit 6 Millionen S angegeben. Eine gleich große Netzverbund-PV-Anlage der Stadtwerke Rottweil (Deutschland) kostet umgerechnet 3 Mill. S.

Die Solar-Stromkosten werden danach in der Schweiz und Deutschland angegeben mit 4 S/kWh bis 8 S/kWh. Der Privatanwender vergleicht seine Solarstromgestehungskosten mit dem teuren Verkaufspreis des konventionellen EVU-Netz-Stromes. EVUs hingegen vergleichen meist den Solarstrom mit den eingesparten (vermiedenen) Brennstoffkosten ihrer E-Werke.

Ausarbeitung einer Detail-Studie über eine PV-Massenproduktion

Eine detaillierte Studie über die Errichtung einer großen *Solarmodul-Fabrik* (über 60 MWp pro Jahr) und einer *Wechselrichter-Fabrik* sowie von *Silizium-Produktionsstätten* in Österreich soll dringend ausgearbeitet werden.

Dabei wären zu untersuchen:

Preissenkungen für Silizium-Solarzellen bei weiterer Erhöhung der Produktionskapazitäten, vor allem durch Rationalisierungseffekte, wie auch in der „Bölkow-Studie" aufgezeigt wurde.

Zusammenhang zwischen *dezentralen Block-Heiz-Kraftwerken* (vorwiegend Strom im Winterhalbjahr „Sommerstrom" durch Kraft-Wärme-Kopplung vor allem aus einheimischen Energiequellen und in Zukunft auch aus solarem Wasserstoff), *dezentralen Solarstrom-Anlagen* (vorwiegend Strom im Sommerhalbjahr „Sommerstrom") und *Wasserkraftwerken* (Grundlast, Nachtstrom, Spitzenstrom).

Netz als Puffer-Speicher für Solar-Spitzenstrom. In das österreichische Stromnetz könnten im Netzverbund eingespeist werden, ohne daß eine Abspeicherung, z.B. über Wasserstoff, notwendig wäre.

Aufgaben der Lastverteiler im solaren Zeitalter.

Beschäftigungseffekt.

In Österreich sind genügend qualifizierte Fachleute vorhanden, auch aus dem Bereich der Silizium-Halbleiter-Technik, die imstande wären, eine große Photovoltaik-Produktion erfolgreich aufzubauen.

Finanzierung der Photovoltaik-Markteinführung

Vorrangig über den Strompreis. Ein Aufschlag von 7 (8) Groschen pro Kilowattstunde ergibt ca. 3 (3,5) Milliarden Schilling pro Jahr.

In Deutschland wird der Strompreis durch den „Kohlepfennig" belastet.

In der Schweiz wird ein „Innovationsrappen" auf die Strompreise diskutiert. Am 23.9.1990 hat das Volk den Energieartikel angenommen. Im Rahmen des Aktionsprogrammes „Energie 2000" wurde „0,5% Solarstrom bis zum Jahr 2000" beschlossen.

Beteiligung und Absatzgarantie der E-Wirtschaft anteilmäßig an der Solarstrom- und Wechselrichter-Produktion:

- Verbund
- 9 Landesgesellschaften
- 5 hauptstädtische EVUs.

Weiter sollen von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen 10% (15%) der Investitions- (u. Brennstoff-)Kosten für neue Technologien und Demonstrationsprojekte (vor allem Photovoltaik) ausgegeben werden (siehe auch „Energiepolitik: Reform der Energiewirtschaft", vorgestellt bei einer Pressekonferenz am 17. August 1989 von SPÖ-Energiesprecher Walter Resch, Abg. zum Nationalrat).

Unternehmens-Risiko bei einer großen Produktionsanlage

Gegen die Errichtung einer großen Photovoltaik-Produktionsanlage wird seit Jahren verhindernd eingewendet, daß eine neue Erfindung, ein plötzlicher Technologiesprung die Investitionen wertlos machen könnten, bevor sie sich amortisiert hätten. Eine derartige Befürchtung läßt sich nie ausschließen, aber sie läßt sich relativieren:

Nicht jede Technik, die im Labor bessere Wirkungsgrade aufweist, eignet sich für eine großtechnische Anwendung. Die Umweltverträglichkeit des Endproduktes spielt eine wichtige Rolle.

Die Verfügbarkeit des Rohmaterials bedeutet eine weitere Einschränkung. Das Rohmaterial für die herkömmliche Silizium-Technik steht jedoch praktisch unbegrenzt und preiswert zur Verfügung.

Wer die Photovoltaik-Produktion industriell betreibt, hat gute Chancen, in jede neue PV-Technologie einzusteigen. Wer Solarzellen in großem Ausmaß erfolgreich fertigt, kann sicher sein, von eventuellen Evolutionssprüngen früher zu erfahren als passive Beobachter.

Die Entwicklung einer neuen Technologie braucht Zeit.

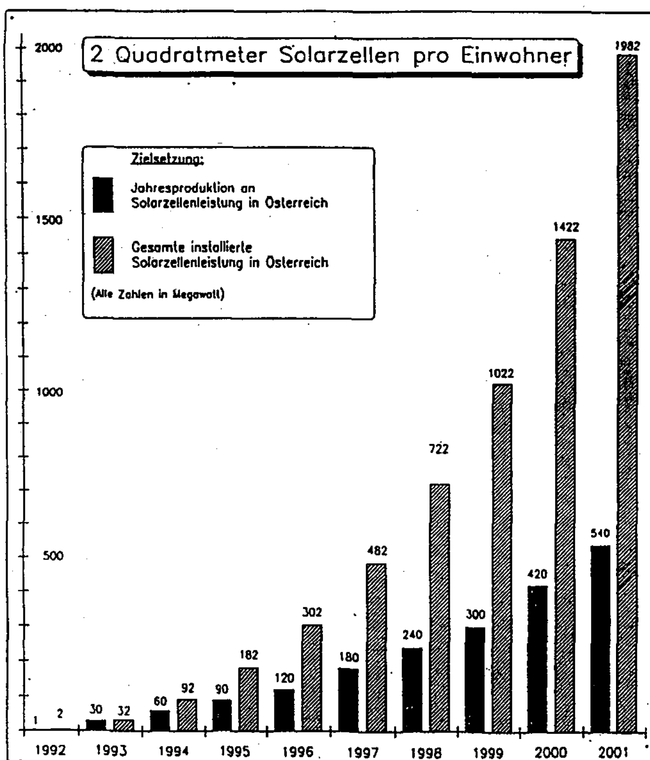
Das verbleibende unternehmerische Risiko sollte durch staatliche Garantien abgedeckt werden.

2. Etappe
Beginn einer industriellen Produktion von Solarzellen und Wechselrichtern in Österreich mindestens 60 MWp/Jahr

Derzeit produzieren weltweit ca. 20 Unternehmen Photovoltaik-Solarzellen. Die Jahres-Weltproduktion betrug 1990 insgesamt erst ca. 50 MWp (50.000 Kilowatt peak = Spitzenleistung bei voller Sonne).

Um nicht wegen der zur Zeit geringen Stückzahlen an Flexibilität einzubüßen, besteht Scheu vor Automatisierungsmaßnahmen. Es gibt daher noch keine industrielle Produktion von Solarzellen. Die bisherigen Fertigungsstätten gleichen eher Labors bzw. Kunsthandwerks-Betrieben. Dadurch sind die Solar-Module noch relativ teuer.

Als Vergleich: Bei einer Welt-Jahresproduktion von nur 500.000 PKWs durch 20 Autofirmen wäre auch ein Personenauto praktisch für die Mehrheit der Menschen unerschwinglich.



Die kleinste Solarzellen-Fabrik müßte eine Jahresproduktion von mindestens 60.000 kWp (60 MWp) aufweisen. Die Kosten eines Solarmodules sollten demnach auf ein Fünftel des heutigen Preises sinken, d.h. von 70.000 S/kW auf 14.000 S/kW.

Zielvorstellungen:

Produktionsaufnahme einer Photovoltaik-Fabrik

Jahresproduktion ausbaufähig auf mindestens 60 MW/ Jahr, in 3 Schichten.

Schätzkosten für eine Solarzellenfabrik mit einer Jahresproduktion von 60 MW/Jahr: ca. 1 Milliarde öS.

Nach einer erfolgreichen Anlaufphase wären die Produktionsstätten zu vervielfachen, um das Ziel „5% Solarstrom (= 2.000 MWp PV-Solarzellenb) bis zum Jahr 2001" zu erreichen.

Außerdem könnten dann derartige Fabriken in Österreich aus auch im Ausland, vor allem im Osten (Ost-Energiehilfe), errichtet werden, ähnlich wie seinerzeit beim LD-Stahl-Verfahren.

Im Zusammenhang mit Maßnahmen zur CO_2-Einsparung besteht allein in Europa ein Bedarf an Solarzellen-Fabriken mit einer Jahresproduktionsleistung von mehreren Gigawatt (1 GW = 1.000 MW).

Bei derartigen Produktionszahlen und flankierenden staatlichen Eingriffen (z.B. CO_2-Steuer), sollte der Sonnenstrom in den nächsten Jahren voll konkurrenzfähig werden.

Produktionsaufnahme einer Netzverbund-Wechselrichter-Fabrik

60.000 Stück Wechselrichter/Jahr
zu je 0,5 kW
30.000 Stück Wechselrichter/Jahr
zu je 1 kW.
Schätzkosten für eine Wechselrichterfabrik mit einer Jahresproduktion wie vor angeführt: ca. 300 Millionen öS
Kosten für Netzverbund-Wechselrichter:
0,5 kW 5.000 öS
1 kW 10.000 öS

Die Stückzahlen können für Exporte wesentlich erhöht werden. Es ist noch zu untersuchen: Netzeinspeise-Wechselrichter für 200 Watt („2 m² pro Einwohner") und darunter (ähnlich wie elektronische Vorschaltgeräte für Leuchtstofflampen).

Produktionsaufnahme einer Halbleiter-Silizium-Erzeugung

in Österreich bzw. in Kooperation mit Ost-Staaten, besonders mit Rußland wegen großer Rein-Quarzvorkommen.

Es sind österreichische Aktivitäten hinsichtlich einer Siliziumkristallzucht erforderlich, da es sonst Lieferschwierigkeiten beim Grundmaterial (Si-Kristall) für eine PV-Massenproduktion geben kann.

Eine Teilung der Silizium-Erzeugung wäre möglich in: *Destillation und Abscheidung* (Unternehmen, die mit Destillationskolonnen Erfahrungen besitzen, z.B. ÖMv, ÖCI u.ä.) *Kristallzucht* (in einem neu zu errichtenden Betrieb).

3. Etappe
Stromzuwachs mit Solarstrom-PV-Anlagen und örtlichen Blockheizkraftwerken (BHKW) decken

Die E-Wirtschaft soll bis Ende 2001 bereits 5% der Jahresstromproduktion mittels Solarstromgeneratoren erzeugen. Nach dem Stand von 1991 wären dies ca. 2.000 MW.

Stromverbraucher erzeugen mittels Solarstrom-Eigenanlagen (z.B. Solarstrom-Genossenschaften) einen Teil des Jahresstromverbrauches selbst. Bis Ende 2001 *soll dieser Solarstromanteil* 5% des Eigenverbrauches betragen.

Es liegt ein Vorschlag vor, pro Gemeinde bis Ende 2000 ein Sonnenkraftwerk in der Größe eines „Fußballfeldes" (*85 m x 100 m = 8.500 m²) zu errichten*: Das wären ca. 2.300 Anlagen in Österreich mit einer gesamten Nennleistung von ca. 750 MW, d.s. ca. 1 m² Solarzellen pro Einwohner. Anlagen-Errichter und -Betreiber soll vorrangig die E-Wirtschaft sein.

Weniger flächenverbrauchend wären in jeder Gemeinde auf 100 Dächern kleine private Solarstrom-E-Werke. Das wären ca. 230.000 kleine Anlagen in Österreich mit einer Gesamt-Nennleistung von ebenfalls ca. 750 MW.

aus: Das Solarzeitalter 1/92

Neue Dünnschicht-Zellen produzieren bereits Strom, der nur noch etwas mehr als doppelt so teuer ist, wie Atomstrom.

Eine Ergänzung des Staatsrechtlers Dr. Uhlitz zu 'Hoch- oder Landesverrat – oder was sonst' in LSI 2/1992

Entdeutschung strafwürdiger als Hochverrat!

„Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschen Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können."

Der Staatsrechtler und ehem. Berliner Staatssekretär Dr. Uhlitz in *„Aspekte der Souveränität"*, Kiel 1987

Der Betrug geht weiter!

An alle Repräsentanten und Befürworter einer ganzheitlichen, dogmenfreien und pluralistischen Heilkunde

Im offiziellen Mitteilungsdienst des DKFZ „einblick" 4/1990 wurde über das Projekt einer von **Prof. G.A. NAGEL konzipierte Klinik in Freiburg** berichtet, die „in Verbindung mit der Universität der Prüfung sowohl neuer, als auch alternativer Methoden der Tumortherapie dienen soll". Im Frühjahr 1991 fand die Grundsteinlegung statt. Inzwischen hat das Vorhaben konkrete Gestalt angenommen. Die ärztliche und wissenschaftliche Leitung desselben wird Prof. NAGEL übernehmen.

In Anbetracht der beabsichtigten Untersuchung und Bewertung nichtorthodoxer Behandlungsweisen bei Geschwulsterkrankungen dürfte es von Interesse sein, wie Prof. NAGEL bisher diesen gegenüber Stellung genommen hat.

Prof. NAGEL war seinerzeit Präsident der streng lehrmedizinisch orientierten DEUTSCHEN KREBSGESELLSCHAFT. Diese spielt eine führende Rolle u.a. in der GROSSEN KREBSKONFERENZ, einer Dachorganisation, in der rund 130 Gesellschaften, Ärztekammern, Ministerien, Gesundheitsbehörden, Forschungsinstitute, Krankenkassen, Versicherungen usw. sowie rund 350 Persönlichkeiten aus Klinik und Hochschule zusammengefaßt sind, die irgendwie direkt oder indirekt mit Krebs, Krebsforschung, Früherkennung, Therapie, Nachsorge, Kostenerstattung usw. zu tun haben. Die biologisch-ganzheitliche Richtung ist in dieser Mammut-Organisation, von deren Existenz und Tätigkeit der Laie so gut wie nichts weiß, als „Arbeitsgruppe 13" mit der Bezeichnung „Krebsmedikamente mit fraglicher Wirksamkeit" völlig unterrepräsentiert. Sie wird von Prof. NAGEL geleitet.

Die GROSSE KREBSKONFERENZ trat bisher viermal zusammen: 1979, 1982, 1986 und 1989. Hierüber liegen umfangreiche Berichte vor, die als Band 139, 211 und 258 beim BUNDESMINISTERIUM FÜR JUGEND, FAMILIE, FRAUEN UND GESUNDHEIT, Postfach, 5300 Bonn 2, oder beim Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart-Berlin-Köln, angefordert werden können. Hinweise auf ernstzunehmende Vorhaben oder Durchführungen von Überprüfungen oder Förderungen im Bereich nichtorthodoxer Krebstherapie sucht man darin vergeblich, obwohl der Arbeitsgruppe 13 mehrere namhafte und erfahrende Vertreter dieser Richtung angehören.

Prof. NAGEL (Göttingen), Prof. SCHMÄHL (Heidelberg) und (neuerdings) Prof. HOSSFELD (Hamburg) sind die Herausgeber der Schriftenreihe „Aktuelle Onkologie", W. Zuckschwerdt Verlag, München, in der bisher nur wenige Titel biologisch-erfahrungsheilkundlicher Richtung, umso mehr solche kritisch-feindseligen Inhalts erschienen sind.

Band 11/1984, NAGEL, G.A., SCHMÄHL, D. (Hsgb.): „Krebsmedikamente mit fraglicher Wirksamkeit".
Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe 13, 1979-1984, „Ergebnisse vorklinischer und klinischer Prüfungen".
Als Band 49/1989 vollständig neu bearbeitet und um 10 Seiten erweitert von NAGEL, SCHMÄHL und HOSSFELD herausgegeben.

Band 20/1985, JANSSEN, B. (Doktorandin bei Frau Prof. Oepen, Blutgruppenserologin am Rechts-medizinischen Institut der Universität Bonn): Unkonventionelle Methoden in der Krebstherapie.
Vorwort von Prof. OEPEN.

Band 21/1985, GRABE, Ch.: Arztrechtliche Argumente zur Propagierung und Anwendung umstrittener medizinischer Verfahren. Vorwort von Prof. OEPEN und Prof. NAGEL.

Band 32/1985, JUNGI, W.F., SENN, H.J. (Hsgb.): Krebs und Alternativmedizin. Bericht über das gleichnamige Internationale Symposium 1985 in St. Gallen.
OEPEN, I. (Hsgb.): An den Grenzen der Schulmedizin. Deutscher Ärzte-Verlag, 5000 Köln 40, 1935.

Nach dem bisher leider vorwiegend ablehnenden bis aggressiven Verhalten der Lehrmedizin gegenüber der biologischen Richtung wären die vorgesehenen 125 Mio eine ebenso überraschende wie begrüßenswerte Investition, um durch sachliche Prüfung endlich Klarheit über alle Für und Wider zu erhalten. Nur – wer die erwähnten Schriften der „Aktuellen Onkologie" gelesen hat, der mag sich fragen, ob man in Freiburg nicht etwa doch den Bock zum Gärtner zu machen sich anschickt. Haben solche Nachprüfer, vom Studium her ausschließlich in linearer Denkweise erzogen und lebenslänglich den Dogmen der Wissenschaft verpflichtet, wirklich die Befähigung und die Sachkenntnis, sich von heute auf morgen mit Ganzheitstherapie zu beschäftigen und über deren Erfolge ihr Urteil abzugeben? Und gibt nicht auch die hohe finanzielle Beteiligung der Pharmaindustrie an diesem Projekt zu Bedenken Anlaß?

Dr. med. Karl Windstosser

Zur Erinnerung:

Warum Alfred Herrhausen sterben mußte . . .

„Wir gehen nicht nach dem Motto vor, die Deutschen erobern die Welt", sagte Alfred Herrhausen in einem Gespräch, „aber unser multinationales Konzept braucht eine Basis wie alles im Leben, und das wäre der patriotische Stolz auf die eigene Identität". Für „die schlimmste Folge des Zweiten Weltkrieges überhaupt" hält er, „daß uns die nationale Identität und die nationale Würde verlorengegangen sind und wir Angst haben, sie zurückzugewinnen". Und er fährt fort: „Ich bin kein Mann, der Großmachtpläne hat oder Eroberungspläne, aber ich meine, daß es ein Unglück ist, wenn die Deutschen im europäischen Kontext keine Identität haben. Aber ich glaube, daß wir alle Chancen haben, **wieder eine, wenn man so will, Bismarckzeit zu erleben,** in der ein deutscher Zentralstaat so gesteuert und so geführt wird, daß er zur Befriedigung und Stabilisierung Europas beitragen kann."

„Die Zeit" vom 27.10.1989

Nur wer seine Augen und Ohren nützt,
vermag zu erkennen,
welch' geistiges Potential uns durch Flamme,
Schwert und Gift entrissen wurde. **W.M.**

FAZ-Leserbrief!

Streik zu Lasten des Bürgers!

Bekanntlich ist das Grundprinzip der Demokratie, daß alle Glieder der Gemeinschaft immer zum Wohle der Bürger wirken. Erweisen sich Aktivitäten von einzelnen Organen des Staatsvolkes als nachteilig oder gar schädlich für Teile des Volkes, oder gar für das gesamte Gemeinwesen, so sind solche nach dem oben genannten Fundamentalprinzip von der Exekutive zu verhindern. Erforderlichenfalls muß schon der Versuch, beziehungsweise die Aufforderung zu einer für die Gemeinschaft nachteiligen Aktion geahndet werden.

Es geht also auch und gerade bei Streiks und Streikaufrufen um den Schutz der Gemeinschafts-Interessen.

Wenn beispielsweise durch einen Post-Streik die Übermittelung wichtiger Dokumente, Informationen oder Termine verhindert wird, ist das ein im Einzelfall eventuell gefährlicher Akt gegen die Interessen und Bedürfnisse der Bürger.

Wenn Zugverbindungen mutwillig durch Streiks gestört, aufgehoben oder unkontrollierbar gemacht werden, ist das gleichfalls ein Angriff auf die verfassungsmäßige Verpflichtung aller Organe unserer demokratischen Gemeinschaft, zu ihrem Wohle zu wirken!

Daß ein Streik der Müllabfuhr zur Ausbreitung von Krankheiten führen kann, bedarf keiner Beweisführung. Auch hier also ein klarer Angriff auf das Gemeinschaftswohl!

Durch den absolut **undemokratischen Gruppen-Egoismus** einzelner Berufsgruppen, ausgelöst durch Gewerkschaften, wird der Staatsbürger in seinem Wohlergehen, völlig ohne eigene Schuld, schwer geschädigt!

Es ist kein Geheimnis, daß sich unter vier Augen manches Mitglied einer Gewerkschaft gegen jeglichen Streik äußert, aber bekennt, daß ein heimlicher Druck auf jeden Angehörigen der entsprechenden Gewerkschaft ausgeübt wird, mitzustreiken. Und das ist mindestens genau so verwerflich, wie ein Streik auf Kosten der Gemeinschaft! Funktionäre der Streikgruppen sind zumeist wohlhabende, gut honorierte Leute, die ihren Auftrag offenbar so verdrehen, daß sie Gruppenhetze auf Kosten des Bürgers als Ausdruck demokratischen Verhaltens propagieren! **Fehlt uns eine Gewerkschaft freier Bürger?**

E.O. Cohrs, 2720 Rotenburg/W

Der Rückfall

Es heißt, man könne das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Offenbar kann man es doch. Der Kommunismus Lenin'scher Prägung, schon seit 1904 von einem New Yorker Bankhaus in Rußland importiert, seitdem von dort aus weltweit gefördert und unterhalten, scheint also nun, nach achteinhalb Jahrzehnten, ausgedient zu haben. Seine Initiatoren benötigen ihn augenblicklich nicht mehr. Hat er seine Schuldigkeit getan? Und was nun? Es sieht ganz so aus, als solle – wie das Kind mit dem Bade – mit dem Kommunismus auch der Sozialismus ausgeschüttet werden, nicht nur in Deutschland, nein, wiederum weltweit. –

Zu beobachten ist seit zwei Jahren ein **Rückfall** in den primitiven Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Die „freie Marktwirtschaft" herrscht wieder mit der altgewohnten Rücksichtslosigkeit. Ein besonders anschauliches Beispiel bei uns ist die „Treuhand", deren Privatisierungspolitik in den neuen Bundesländern über kurz oder lang Zehntausende zu Sozialhilfeempfängern auf niedrigstem Niveau macht. Und genau dort will der Bundesfinanzminister auch noch den Sparhebel ansetzen. Das nennt man dann „soziale Marktwirtschaft". Das Wort ist eine der vielen Lügen, mit denen man uns „regiert". –

Was war es nun also mit dem Kommunismus? Welchem Zweck hat er tatsächlich gedient? War er eine geeignete **Antithese** zum Kapitalismus? **Und wo bleibt die Synthese,** zu der doch eine Antithese – nach Hegels dialektischem „Dreisprung" – hinführen soll? Hat es nicht zahlreiche brauchbare Konzepte zu einer solchen Synthese gegeben, von Othmar Spann und Max Weber über Silvio Gesell, Gottfried Feder, den späteren Syndikalismus, die Brüder Strasser bis zur Vereinigung junger Unternehmer nach dem Kriege? Ist das alles vergessen, als sei es nicht gewesen?

Die Erkenntnis, daß jedes Volk die seiner **eigenen** Mentalität angemessene Form sozialer Gerechtigkeit finden muß, begann sich in Europa schon weitgehend durchzusetzen. Die Idee des „Arbeitertums", der Stolz jedes einzelnen auf die eigene Leistung hätte das kollektive „Klassenbewußtsein" verdrängen, damit allerdings den Funktionären der Kollektive (und den Geldgebern, den „Investoren" im Hintergrund) ihre Machtposition entziehen können.

Das durfte, das darf nicht sein. –

Was wir kürzlich, anläßlich des Streiks der ÖTV bei den Tarifauseinandersetzungen erlebt haben, dieses Gegeneinander von „Arbeitgebern" und „Arbeitnehmern" auf Kosten des Volksvermögens, war ein plumper Rückfall in frühkapitalistisches Denken, ein beschämendes geistiges Armutszeugnis.

Dieter Vollmer, Schleswig, 6. Mai 1992

RWE:

KKW Mülheim-Kärlich vor Bundesverwaltungsgericht

Der juristische Streit um die neugefaßte erste Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich geht vor dem Berliner Bundesverwaltungsgericht in eine neue Runde. Wie eine Sprecherin in Berlin sagte, hat das Gericht bereits die Revision gegen ein Urteil des Koblenzer Oberverwaltungsgerichts (OVG) zugelassen. Die Entscheidung hat zunächst keinen direkten Einfluß darauf, ob der stillgelegte Reaktor wieder ans Netz gehen kann. Die RWE Energie AG, Essen, hofft als Betreiberin, das Kernkraftwerk doch noch wieder in Betrieb nehmen zu können.

Die Koblenzer Richter hatten die Teilgenehmigung im Mai 1991 mit der Begründung aufgehoben, sicherheitsrelevante Gesichtspunkte seien nicht geprüft worden. Das daraus resultierende „Ermittlungs-, Bewertungs- und Regelungsdefizit" verletze die klagenden Städte in ihren Rechten. Das OVG Koblenz hatte damals keine Revision zugelassen. Während das Land Rheinland-Pfalz das Urteil für „schlüssig" hielt und auf eine Beschwerde verzichtete, ging die RWE in die nächsthöhere Instanz. 1988 hatte das Bundesverwaltungsgericht die ursprüngliche erste Teilgenehmigung von 1975 auf Klagen von Kernkraftgegnern hin aufgehoben.

Das Kernkraftwerk, das 1987 in Betrieb gegangen war, liegt seitdem still. Die später von der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz neu erteilte Erlaubnis scheiterte am OVG Koblenz, das zugleich eine Revision nicht zuließ. Die nun mit einer Beschwerde beim BVG erstrittene Revisionsmöglichkeit will die RWE Energie AG umgehend wahrnehmen.

Blick durch Wirtschaft und Umwelt 4/1992

An WSL-Deutschland
Bretthorststr. 221
W-4973 Vlotho-Valdorf

Betr.: **Verwendung von „Meersalz" in vielen Bio-Lebensmitteln.**

Wir, d.h. eine Gruppe von nachdenklich gewordenen Deutschen, die sich mit diversen historischen und aktuell-politischen Themen zu unserer Geschichte und künftigen Entwicklung befaßt, hatten kürzlich das Thema: „Meersalz" auf der Tagesordnung. Es sind dabei folgende Fragen aufgetaucht, die wir jetzt an die Öffentlichkeit bringen, um eine Diskussion in Gang zu setzen:

Wo kommt das normalerweise verwendete Meersalz her?

Ist es wirklich auf chemische, radioaktive und neuerdings **viruelle** (HIV-Viren beim Steinpicker in der Nordsee) Rückstände überprüft? DPA-Meldung vom 29.4.1992.

Ist es aus Gründen der „Ganzheit" wirklich notwendig, Meersalz zu verwenden? Wenn es auf das Jod ankommen sollte, so könnte doch auch jodiertes Steinsalz (z.B. Bad Reichenhaller) verwendet werden.

Wann und **Warum** wurde bei den „Bio-Erzeugern und -Verarbeitern" überhaupt mit dem Einsatz von Meersalz begonnen?

Ganz generell können wir uns nämlich nicht vorstellen, daß Meersalz „gesund" sein soll. Warum also wird es eingesetzt? Sollen **wir,** die wir uns gesund ernähren, vielleicht „hintenherum" geschädigt werden?

Rainer Weber, Altenaustr. 11, W-3280 Bad Pyrmont

Ausstieg bringt mehr

Inge Rockenfeller (Neuwied) schreibt:

Die Behauptung, nur die Atomkraft sei in der Lage, die bevorstehende Klimakatastrophe abzuwenden, weil Atomkraftwerke wenig Kohlendioxid (CO_2 ausstoßen, wird von der Bundestags-Enquêtekommission widerlegt. In ihrem Bericht „Schutz der Erde" hat sie drei energiepolitische Varianten untersucht, die den Ausstoß des Treibhausgases CO_2 bis zum Jahr 2005 um 30 Prozent vermindern soll.

Ergebnis: 1. Eine Verdoppelung der Atomenergie bringt kaum mehr CO_2-Ersparnis als der Ausstieg (35 gegenüber 33,7 Prozent); 2. Durch eine bessere Energienutzung ließen sich in den nächsten 40 Jahren bis zu 85 Prozent CO_2 einsparen; 3. Solaranlagen könnten künftig drei bis zwölf Prozent des Gesamtstroms liefern.

Andere Untersuchungen haben gezeigt: Wenn weltweit der gesamte Strom aus Atomreaktoren käme, würde die CO_2-Emmission nur um knapp zwölf Prozent sinken.

Energieverbrauch in Deutschland sinkt

Der Energieverbrauch in Deutschland ist nach Angaben des Gesamtverbandes des Deutschen **Steinkohlenbergbaus im** ersten Quartal 1992 gegenüber 1991 um 2,5 Prozent gesunken.

H.A. 2.5.1992

Gesundheit und Erholung

Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.



Herausgeber, Verleger: COLLEGIUM HUMANUM, WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e.V., Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330.
Bankverbindung: Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15556300 (BLZ 49062112) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307.
Schriftleitung: Ernst O. Cohrs, 2720 Rotenburg/Wümme, Postfach 1165, Am Bahnhof, Telefon 04261/3106.
Anzeigen: Frieda Klinksiek-Jonigkeit, Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330.
Bezugsgebühr: jährlich 30,– DM. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate).
Druck: Deppe-Druck GmbH, Buch- + Offsetdruck, Lange Str. 94, 4973 Vlotho, Telefon 05733/5010.